



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Juli 2020



Nach dem Corona-Höhepunkt: Was bleibt prägend, was bleibt anders?

**So ticken junge Schweizer Väter heute:
Ist das Baby da, wollen sie zuhause helfen**

**Jenische und Sinti auf der Reise:
Ein akzeptierter Teil der Schweizer Vielfalt?**



NEIN zur radikalen Kündigungsinitiative

kündigung-nein.ch

Am 27. September kommt die Kündigungsinitiative der SVP zur Abstimmung. Sie zwingt die Schweiz, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu beenden.

Im Falle einer Annahme würde das eine dauerhafte Abschottung und Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit bedeuten. Hinzu kommt, dass die Initiative automatisch zur Kündigung aller Abkommen der Bilateralen I führt, ohne eine brauchbare Alternative anzubieten. Das ist insbesondere mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftskrise und die Lebensrealität der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Europa verantwortungslos.

stark
vernetzt+

FDP
Die Liberalen
International



Besonders jetzt während der Coronakrise denkt die Auslandschweizer-Organisation (ASO) an die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf der ganzen Welt.

Wir bieten Ihnen auch in dieser Zeit Rat und Unterstützung. Bleiben Sie gesund.



ASO/SwissCommunity-Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



SWI swissinfo.ch

Ein fester Händedruck

4 Briefkasten

6 Corona-Schwerpunkt

Fünf Fragen, die sich die Schweiz zur Corona-Pandemie stellt:

Wie meisterte das Land nach dem ersten Schrecken die Krise?

Welche Folgen hat das Erlebte für die Senioren und Seniorinnen?

Wie dramatisch sind in der Schweiz die ökonomischen Folgen?

Wie nutzen die Menschen ihre prägenden Lockdown-Erlebnisse?

Was passiert diesen Sommer mit dem Ferienland Schweiz?

20 Literaturserie

21 Politik

Am 27. September entscheidet das Volk übers Verhältnis zu Europa

Umstrittenes Rüstungsgeschäft: Der Bundesrat will Kampfjets kaufen

Der Vaterschaftsurlaub rückt nach Jahren des Debattierens näher

25 Gesellschaft

Lichtblick für Fahrende: Richter annullieren diskriminierendes Gesetz

26 ASO-Informationen

27 news.admin.ch

Die grösste Rückholaktion in der Geschichte der Schweiz

30 Gelesen / Gehört

31 Herausgepickt / Nachrichten



Ein Viehmarkt in der ländlichen Schweiz: Ein Bauer bietet sauber gestriegelte Kälber und Ziegen zum Verkauf an. Ein Käufer taucht auf. Bauer und Käufer werden sich handelseinig. Nun folgt ein kräftiger Handschlag. Damit gilt der vereinbarte Preis. Der Handschlag ist auch Vertrag, Unterschrift, Siegel.

Eine Schulklasse in einem städtischen Vorort: Die Schulglocke klingelt, die Lehrerin gibt den Mädchen und Buben ihrer Klasse zur Begrüssung die Hand. Per Handschlag zollen die Schüler ihrer Lehrerin Respekt. Vereinzelt wurden Schüler, die dieses Zeichen des Respekts verweigerten, gar auf juristischem Weg zum Handschlag gezwungen (was vermutlich weder klug noch respektfördernd ist).

Eine grobe Remperei beim «Freundschaftsspiel» zwischen dem Fussballklub Unterdörfingen und dem FC Hinterwald! Der Schiedsrichter verlangt von zwei Raufbolden, Frieden zu machen. Die Hitzköpfe reichen sich die Hand. Sie tun damit, was auf dem Kontinent seit über 2000 Jahren gilt: Den Friedensschluss per Handschlag beschrieb schon der römische Dichter Ovid.

Sich die Hand reichen: Im schweizerischen Alltag ist das ein kleines, alltägliches kulturelles Element, das zum gegenseitigen Vertrauen beiträgt, – vom Handschlag nach dem Streit bis zum zögerlichen, amourösen Händchenhalten der Frischverliebten.

Wer hier den Kopf schüttelt, hat natürlich recht: Ein Plädoyer für den Handschlag fällt völlig aus der Zeit. Niemand streckt Ihnen heute in der Schweiz noch die offene Hand entgegen. In Schulen ist der Handschlag nicht mehr Gebot, sondern schlicht untersagt. Eben noch Symbol des Respekts, gilt er jetzt als unhygienischer Übergriff. Der kleine Exkurs über die alltägliche Geste soll bloss andeuten, dass die Corona-Pandemie nebst Leben, Perspektiven und Hoffnungen auch die Geborgenheit im Vertrauten zerstört. Selbst Symbole und Gesten des Alltags werden in ihr Gegenteil umgepolt.

Welches die ganz grossen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen sind, die die Schweiz als Folge der Pandemie zu verkraften hat, umreissen wir im Schwerpunkt dieses Heftes. Aber wir schauen auch auf den 27. September 2020. Nachdem das politische Leben nun lange ruhte, wird dieser Tag für die Schweiz zu einem «Supersonntag»: Die Schweizerinnen und Schweizer können an der Urne gleich in fünf Fragen wichtige Weichen stellen. Entschieden wird etwa über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Die Debatte dazu wird mit Sicherheit sehr hitzig. Die verschiedenen Lager sind in dieser Frage weit davon entfernt, sich die Hand zu reichen.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR



Internationale Kranken- und Reiseversicherung
und erstklassigen Service für Schweizer
Expatriates, Reisende und mobile Mitarbeiter.

+41 43 399 89 89
info@asn.ch
www.asn.ch



Swiss Moving Service AG



worldwide moving service

to and from anywhere in Switzerland and the world

- Personal service and individual advice
- Door to door service for household goods, cars and motor bikes
- Full and partial container service to/from all major places in the USA, Canada, Australia, Asia, Latin America, Middle East + Africa

Wiesenstrasse 39
CH-8952 Schlieren Zurich
Switzerland

phone +41 44 466 9000
fax +41 44 461 9010
www.swiss-moving-service.ch
info@swiss-moving-service.ch

Unterstützen Sie
Auslandschweizer in Not.



Spenden Sie jetzt!

www.aso.ch

«SCHWEIZER REVUE» – MIT DREI KLICKS ZUR APP!



Holen Sie sich die «Schweizer Revue» gratis als App! Es ist ganz einfach:

1. Öffnen Sie auf Ihrem Handy oder Tablet den Appstore
2. Geben Sie den Suchbegriff «Swiss Review» ein
3. Klicken Sie auf Laden und Installieren – fertig!



Bewirtschaftung | Vermarktung – Ihr Partner in der Ostschweiz



Wenn Persönlichkeit und Erfahrung zählen

EGELI Immobilien AG
Teufener Strasse 36 | 9000 St. Gallen | 071 221 11 77 | egeli-immobilien.ch

EGELI
immobilien



Wir unterstützen Sie beim Erstellen Ihres
Testaments – bestellen Sie unseren Ratgeber.

krebsliga.ch/erbschaften

Sie haben Fragen?
Wir sind für Sie da:
031 389 92 12



Five up
Connect your help

Unterstützung einfach organisiert.

«Five up» bringt helfende Hände zur richtigen Zeit an den richtigen Ort.
Organisiere dich schnell, einfach und kostenlos in einer Gruppe oder
finde den kürzesten Weg zu einem Engagement in deiner Umgebung.

Join our network. Volunteering made simple.

Jetzt App herunterladen



fiveup.org

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 46. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 418 000 Exemplaren (davon 235 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Simone Flubacher (SF), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für «news.admin.ch».
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10,
Fax. +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9.
e-mail: revue@aso.ch
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe:
4. Juni 2020

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



Wenn Städte ins Schwitzen geraten

Ich hoffe, dass möglichst viele Städte der Welt dieses schweizerische urbane Reorganisationsmodell anwenden werden. Sehr gute Arbeit.

ISABELLE PISLER, VANCOUVER, KANADA



Das sind gute Neuigkeiten und ein Beispiel, dem viele weitere Städte folgen sollten. Ich liebe Singapur, gerade weil es dort relativ kühl ist, obwohl das Land genau auf dem Äquator liegt. Hochhäuser werfen Schatten und leiten die kühle Luft vom

Meer in die Stadt, während Parks und Bäume weiteren Schatten spenden. Gut gemacht, Schweiz!

FRANK BURTON, CAIRNS, AUSTRALIEN

Es geht nicht nur darum, Bäume zu pflanzen. Die Flut an umweltverschmutzenden Autos, die nach der erfreulichen Pause während des Lockdowns wieder so gross ist wie vorher, muss gestoppt werden!

DANIELLE BEUCHAT, FRANKREICH

Stephan Eicher, der Schweizer Troubadour



Stephan Eicher ist einfach einmalig! Ich verfolge die Entwicklung dieses begnadeten Künstlers seit 40 Jahren und bin nie enttäuscht worden. Ein wirklich grossartiger Mensch! Vielen Dank und bitte weiter so!

NELLY MENARD, AMBILLY, FRANKREICH

Seine Musik ist Nahrung für meine Seele, mein Hören und ... meine Bewunderung für die

Schweiz. Jetzt, da ich in Patagonien zuhause bin, höre ich seine Musik und singe begeistert mit. Tausend Dank, Stephan!

MIGUEL MÁRQUEZ DÍAZ, OSORNO, CHILE

Die Zukunft der «Schweizer Revue»

Bis am 31. Juli haben – oder hatten – die Leserinnen und Leser der «Schweizer Revue» die Gelegenheit, an unserer Umfrage teilzunehmen und so die Zukunft unserer Zeitschrift mitzuprägen. Viele Leserinnen und Leser nutzten zusätzlich die Möglichkeit, die «Revue» online zu loben – oder zu tadeln. Über die Ergebnisse der Leserschaftsumfrage berichten wir in einer späteren Ausgabe. Link zur Umfrage: umfrage2020.foeg.ch

Die «Schweizer Revue» ist eine Verbindung, die Auslandschweizerinnen und -schweizer mit der Schweiz vereint, insbesondere für mich, der ich in Frankreich geboren wurde und aufgewachsen bin. Ich denke, dass ich mich ohne diese Zeitschrift wohl kaum für die Schweiz interessieren würde. Sie ist eine tolle Sache und muss weiterbestehen.

FLORIAN ZIEGLER, SAINT LOUIS, FRANKREICH

Die «Revue» bringt mir ein Stück Schweiz in mein Herz, ein Stück, das durch die Erzählungen meiner Schweizer Mutter, durch gelegentliche Besuche, durch Bücher immer präsent war und ist. Ich finde die «Revue» ganz toll. Grosses Kompliment an das ganze Team.

PETER OSTOJA-ZAGORSKI, KLINGENTHAL, DEUTSCHLAND

Die «Schweizer Revue» schafft eine Verbindung zwischen den Auslandschweizern und diesem schönen Land. Ich würde allerdings etwas mehr Erläuterungen zur Schweizer Politik und zur Funktionsweise der Schweizer Institutionen begrüssen.

SYLVIANE SCHEIWILLER, GESVES, BELGIEN

Ich habe Ihre Zeitschrift bereits während meiner 18 Jahre in Südamerika erhalten und geschätzt. Die «Schweizer Revue» nimmt es stilistisch und journalistisch mit jeder grösseren helvetischen Zeitung auf. Was Sie meines Erachtens noch etwas verbessern könnten: Etwas mehr Mut, wenn es ums Kritisieren geht und andererseits etwas weniger Schminke beim Schönreden und etwas weniger heile Welt! Machen Sie aber ruhig weiter so!

PETER EICHENBERGER, CATALUNYA, SPANIEN

Die «Schweizer Revue»: Schlicht überflüssig. Das Geld kann besser eingesetzt werden.

ELSBETH MÜLLER, PAROS, GRIECHENLAND

Mir gefällt die «Schweizer Revue» und ich schätze sie sehr. Sie vermittelt uns in der Diaspora gute Einblicke in Themen, die in der Schweiz gerade aktuell sind. Der Schreibstil und die Recherchen sind von ausgezeichneter Qualität. Gute Arbeit, weiter so!

VIRGINIA LANGE WALTER, FLORIDA, USA

Jede Ausgabe der «Schweizer Revue» ist ein Genuss zu lesen. Für Auslandschweizer und Kinder von Schweizern, die im Ausland leben, ist es eine Möglichkeit, sich diesem wunderschönen Land, das wir immer noch vermissen, neu anzunähern. Der Inhalt der Zeitschrift ist hervorragend, wir finden jedes Mal interessante Artikel, die uns anregen, untereinander Ideen und Meinungen auszutauschen. Insbesondere in Bezug auf die Kunst, die Kultur und das Tagesgeschehen in der Schweiz, das uns im Ausland nicht immer über andere Medien erreicht. Danke, dass sie uns diese Annäherung ermöglichen.

EDITH NAEF, BUENOS AIRES, ARGENTINIEN

Ich bin dankbar für die «Schweizer Revue», da ich sonst keine Schweizer Zeitungen lese. Etwas mehr Mut wäre schön!

MILDRED HILBERDINK-FURRER, SENDEN, DEUTSCHLAND





Einordnung aus Schweizer Perspektive

Die Schweiz schlitterte ebenso diszipliniert wie privilegiert durch die Corona-Krise

Das Leid lässt sich nicht wegdiskutieren. 2000* Menschen sind in der Schweiz an Covid-19 gestorben. Zehntausende haben ihre Arbeit oder ihre Perspektive verloren. Hunderttausende werden die Folgen der Corona-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft noch für Jahre spüren. Gleichwohl sagen sich viele Schweizerinnen und Schweizer: Es hätte schlimmer kommen können. – Ein Einordnungsversuch.

*) Stand 1. Juli 2020 gemäss Auswertung des Statistikamtes des Kantons Zürich: 31 827 Fälle, 1965 Verstorbene

Stets im Vordergrund (links): Alain Berset und Daniel Koch, die zwei prägenden Gesichter während dem Corona-Höhepunkt.

Stets im Hintergrund (rechts): Die Teams in den Intensivstationen wie hier im Spital «La Carità» in Locarno, im besonders stark betroffenen Kanton Tessin. Fotos Keystone



MARC LETTAU

Ist das nun bereits die Rückkehr zur vertrauten Normalität? Das fragten sich Anfang Juni in der Schweiz viele. Während anderswo – etwa in Brasilien – das Virus das Leben erst richtig lähmte, lockerte der Bundesrat die Schweizer Corona-Restriktionen zügig. Subito füllten sich Strassencafés mit Leben, Fluss- und Seeufer wurden zu Picknick-Meilen, Geschäfte warben wieder um Kundschaft – und alles war durchzogen vom strengen Parfüm von Desinfektionsmittel.

Doch «Normalität» ist die klar falsche Etikette. Die Folgen der Pandemie prägen weiterhin bis in alle Verästelungen den Alltag: Mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen kennt jetzt die Kurzarbeit; Tausende haben ihren Job ganz verloren; und die Furcht, auf die erste Corona-Welle könne eine zweite folgen, bleibt präsent. Die pandemiebedingten gesellschaftlichen Verwerfungen und ökonomische Erschütterung dürften das Land noch für Jahre prägen. Fürs abschliessende Bilanzieren ist es zu früh.

Erlaubt ist die Frage, wie die Schweiz den epidemiologischen Höhepunkt der Krise meisterte. Der allgemeine Tenor: zwar ernsthaft erschüttert, trotz allem Leid aber auch erstaunlich gut und diszipliniert. Der Schrecken über die hochschnellenden Fallzahlen und die plötzliche Fragilität von allem Vertrauten war hierzulande nicht geringer als anderswo. Aber das Corona-Regime blieb recht milde, weil die allermeisten den behördlichen Weisungen folgten, diszipliniert ihren Bewegungsradius stark einschränkten und gleichzeitig eine vielfältige Nachbarschaftshilfe keimte.

Die Voraussetzung für dieses Verhalten schuf letztlich der Bundesrat. Er trat zu Beginn der Krise geeint auf, setzte ganz auf seine Pandemieexperten und blieb in der Folge berechenbar und verständlich. Er appellierte an die

Selbstverantwortung des Einzelnen – auch punkto Bewegungsfreiheit und Schutzmassnahmen: Weder ein totales «Confinement» noch eine Maskenpflicht wurden verfügt. Und die Behörde schuf bei ihren vielen Auftritten Bilder von einprägsamem, ikonenhaftem Charakter: Auf der einen Seite Gesundheitsminister Alain Berset mit seinem flammenden Mantra «Bleiben Sie zuhause!», auf der anderen Seite der Mediziner Daniel Koch, der als oberster Pandemiespezialist der Nation ruhig und nüchtern darlegte, was er weiss – und wichtiger noch: was er nicht weiss.

Das Beispiel Schweiz zeigt zugleich, wie wichtig in Krisen die weitreichende materielle Absicherung wird. Das Auffangnetz, das sich entfaltete, war stark. Die Staatshilfe für den Einzelnen – Stichwort Kurzarbeitsentschädigung – reicht wesentlich weiter als in vielen anderen Ländern. Und die Staatshilfe für Firmen in Bedrängnis ist weit entschiedener als im umliegenden Europa: Der Staat bürgt zu 100 Prozent für die Hilfskredite, die die Firmen unbürokratisch bei ihren Hausbanken abholen durften. Ausländische Medien kommentierten dies fast verklärend. In den Worten des Deutschen Magazins Focus: «Von solchen Verhältnissen können deutsche Firmenchefs nur träumen.»

Verklärung ist aber nicht angebracht: Die Schweiz war nicht besser auf die Pandemie vorbereitet als andere Industrienationen. Das Land verfügte zwar über eine nationale Spitalplanung für den Pandemiefall. Aber die Kantone hatten diese Pläne – ganz sparsam – nicht umgesetzt. Die Lager für wichtige medizinische Güter waren keineswegs voll, sondern halbleer. Und auch die Disziplin der Schweizerinnen und Schweizer war endlich. Im Mai begann die Geduld zu schwinden. Aber im Juni setzte der Bundesrat der steigenden Ungeduld ein Ende.



Begegnung durch die Trennscheibe: Sohn Daniel auf Visite bei Vater Reymont im Altersheim, Le Locle (links).

Spontane Solidarität, disziplinierte Distanz: Gaben für Menschen in Not, Zürich (Mitte).

Improvisieren für die Risikogruppe: Notspital in Stadtzürcher Turnhalle Rämibühl (rechts).
Fotos Keystone



Die Corona-Krise und die ältere Bevölkerung

Plötzlich nur noch Risikogruppe

Die ältere Bevölkerung in der Schweiz bekam den Shutdown besonders stark zu spüren. Sie erfuhr Solidarität, aber auch Diffamierungen. Die Epidemie wurde zum Stresstest für die Generationenbeziehungen.

SUSANNE WENGER

Mitte Mai, als die Schweiz den Lockdown zu lockern begann, lancierte Pro Senectute eine Kampagne. Ein Kurzfilm zeigt ältere Menschen in Aktion. Die 66-Jährige, die der Enkelin vorliest, der 84-Jährige, der den Nachbarn die Hecke schneidet. «Das Alter hat viele unverzichtbare Jobs», so die Botschaft. Seit mehr als 100 Jahren kümmert sich Pro Senectute als Fachorganisation um Altersfragen in der Schweiz. Nun reagierte sie darauf, dass sich mit dem Virus der Blick aufs Alter radikal verengt hatte. Wer über 65-jährig war, gehörte pauschal zur Risikogruppe. Zu Beginn der Krise legte das Bundesamt für Gesundheit fest: Die Älteren seien speziell gefährdet und bräuchten Schutz.

Tatsächlich belegte die Infektionsstatistik: Je älter, desto höher das

Risiko, an Covid-19 zu sterben. Inzwischen wissen wir aber auch: Corona traf nicht nur Alte. Fast die Hälfte der schwer Erkrankten auf Schweizer Intensivstationen war unter sechzig. Mitte März indes, als die Epidemie sich ausbreitete, war der Kenntnisstand geringer. So rieten die Behörden den Älteren besonders eindringlich: zuhause bleiben, Kontakte meiden, nicht mehr selber einkaufen gehen. Landesweit hielten sich die Leute mehrheitlich daran.

Kollektiv isoliert

Was medizinisch begründet wurde, hatte soziale Folgen. Die 1,6 Millionen über 65-Jährigen in der Schweiz sahen sich kollektiv in die Isolation verbannt. Für die Pflegeheime wurden Besuchsverbote erlassen. Das brachte viel Leid

mit sich und konnte Covid-19-Todesfälle trotzdem nicht verhindern. Die überwiegende Mehrheit der alten Menschen in der Schweiz lebt zuhause. Dort mussten nun Geburtstage allein verbracht werden, die Begegnungen ausser Haus fielen von einem Tag auf den anderen weg. Auch ihre gesellschaftliche Aufgabe konnten Rentnerinnen und Rentner nicht mehr wahrnehmen. Grosse Eltern durften keine Enkel mehr hüten. Bei gemeinnützigen Fahrdiensten fielen die Fahrer aus. Dem Caritas-Laden fehlten die Ehrenamtlichen.

Ein grosser Teil der Schweizer Seniorinnen und Senioren leistet Freiwilligenarbeit. Viele sind nach der Pensionierung noch lange fit und aktiv, auch dank der guten Gesundheitsversorgung und den vorteilhaften Lebensbedingungen. Ihr sozialer



Beitrag ist in einem Land, das stark auf Eigenverantwortung setzt, von Bedeutung. Mit der Kinderbetreuung durch die Grosseltern etwa sparen Familien und Staat jährlich acht Milliarden Franken. Dafür alimentieren die Erwerbstätigen mit ihren Lohnabgaben seit über siebzig Jahren die AHV-Renten. Der Generationenvertrag, wie der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt genannt wird, hat in der Schweiz Tradition.

«Sündenbock gefunden»

In der Krise kam es nun zum Stress-test. Das Ergebnis ist zwiespältig. Einerseits war grosse Hilfsbereitschaft spürbar. vielerorts wurden Ältere spontan unterstützt. Oft waren es Junge, die beispielsweise für ältere Nachbarn einkaufen gingen. Andererseits rechneten Zyniker bald vor, dass die Alten doch auch ohne Corona bald sterben. Sie blieben zwar in der Minderheit. Doch Politik und Medien erlaubten sich die Frage, ob wirklich die ganze Schweiz stillgelegt werden müsse, um die gefährdeten Betagten zu schützen. Die Forderung tauchte auf, die Rentner mit ihrem gesicherten Einkommen sollten für einen Teil der gewaltigen Kosten des Lockdowns

aufkommen. Sonst zahlten jüngere Generationen noch lange die Zeche.

Unter den Älteren selber regte sich mit der Zeit Unmut. Während viele die Einschränkungen gelassen ertrugen, taten sich besonders die jüngeren Älteren – die autonomieverwessenen Babyboomer-Jahrgänge – schwer mit ihrer neuen Rolle. Plötzlich waren sie nur noch Risikogruppe und Belastung, anstatt Stützen der Gesellschaft. Einige erlebten Beschimpfungen, weil sie das Haus verliessen. Dabei war das in der Schweiz immer erlaubt. Zum ersten Mal in seinem Leben habe er Diskriminierung gespürt, sagte ein 74-Jähriger dem Schweizer Fernsehen. Was ist da passiert? «In der angespannten Lage wurde mit den Alten ein Sündenbock gefunden», sagt die Generationenforscherin Pasqualina Perrig-Chiello. Die Krise habe latent vorhandene negative Altersbilder zutage gefördert.

Folgen für die AHV?

Die Berner Wissenschaftlerin sagt, das Alter sei «übergeneralisiert» worden: alle gebrechlich, alle wohlhabend. Das entspreche nicht der Realität. Perrig-Chiello kritisiert, die Verallgemeinerung sei auch von den politisch

Verantwortlichen kolportiert worden. Offen bleibt die längerfristige Wirkung der Corona-Krise. Sozialpolitisch wurde schon vor dem Virus intensiv über «Generationenkonflikte» debattiert: Die Schweizer Bevölkerung altert rein demografisch, bei den Sozialwerken wird um Lösungen gerungen, für die Pflege, die Altersvorsorge. Nach Corona werde der Verteilungskampf nun härter, prognostizierte die «NZZ am Sonntag». Die Jungen müssten entlastet werden, der Generationenvertrag sei brüchig.

Pasqualina Perrig-Chiello findet, die Epidemie habe eher offengelegt, «wie wenig die Generationen auf gesellschaftlicher Ebene voneinander wissen». Gleichzeitig habe die Schweiz, «allen medialen Diskursen zum Trotz», eine beachtliche Solidarität zwischen den Generationen erlebt. Das sei eine Chance, daran lasse sich anknüpfen: «Der Generationenvertrag könnte auf einer sachlicheren Grundlage neu ausgehandelt werden.» Dass auch Ältere ihren Teil beitragen, war selbst während der Epidemie zu erkennen. Das vielleicht auffälligste Beispiel: Pensionierte Ärzte und Pflegefachpersonen halfen im Gesundheitswesen mit, die Ausnahmesituation zu meistern.



Die Corona-Pandemie und der Schweizer Arbeitsmarkt

«Hilfe kommt!» – Bundesrätliche Milliardenpritze

Die Vollbremsung eines Teils der Wirtschaft traf in der Schweiz jeden dritten Arbeitnehmer. Zehntausende Geschäfte mussten ihre Türen schliessen. Fast zwei Millionen Menschen wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Der Bundesrat mobilisierte ein nie da gewesenes Unterstützungspaket.

THEODORA PETER

Für Namgyal Studer war der Lockdown ein «Riesenschok». Die Inhaberin eines Coiffeursalons in der Stadt Bern musste ihr gut laufendes Geschäft von einem Tag auf den anderen schliessen, Kundentermine annullieren und ihre beiden Angestellten nach Hause schicken.

Wie der Berner Coiffeuse erging es Mitte März Zehntausenden von Ladenbesitzerinnen, Handwerkern, Wirtinnen und anderen Dienstleistungsanbietern. Schweizweit reichten in der Folge rund 190 000 Betriebe für fast zwei Millionen Angestellte ein Gesuch um Kurzarbeit bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) ein – darunter auch die GmbH von Namgyal Studer.

Die ALV finanziert 80 Prozent der vom Betriebsausfall betroffenen Löhne – dies mit dem Ziel, Entlassun-

gen zu verhindern. Schweizweit war während der Corona-Krise mehr als ein Drittel der Arbeitnehmenden (37 Prozent) von Kurzarbeit betroffen. Im von der Pandemie besonders stark betroffenen Kanton Tessin war es sogar mehr als die Hälfte (54 Prozent). Um diese soziale Abfederung zu finanzieren, werden über 14 Milliarden aus der Bundeskasse in die ALV fliessen. Ansonsten hätten die Arbeitnehmenden höhere Lohnabzüge in Kauf nehmen müssen, damit das Sozialwerk nicht in Schieflage gerät.

Milliardenkredite

«Hilfe kommt!» – Das hatte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) zu Beginn der Krise versprochen. Nebst dem Instrument der Kurzarbeit sorgten Kredite dafür, dass den Unter-

nehmen die Luft nicht ausging. Die Firmen konnten die Liquiditätshilfen ohne grosse Formalitäten bei ihrer Hausbank beantragen. Dafür bürgt die Eidgenossenschaft mit bis zu 40 Milliarden Franken.

Einen kleinen Überbrückungskredit nahm auch Coiffeuse Namgyal Studer in Anspruch. So konnte sie trotz Totalausfall der Einnahmen offene Rechnungen bezahlen und die Löhne ihrer zwei Angestellten vorschüssen, bevor die Gelder der Arbeitslosenversicherung eintrafen. Für sich selbst erhielt Studer während des Lockdowns eine Pauschalentschädigung, welche der Bundesrat für im Betrieb mitarbeitende Arbeitgeber auf maximal 3320 Franken pro Monat festlegte. Lange machte sich Studer Sorgen, ob sie die volle Miete für ihren während sechs Wochen geschlossenen Salon bezah-



Coiffeuse Namgyal Studer, Bern: Auf den «Riesenschock» folgte der Notkredit (links).

Bundesrat Ueli Maurer: Half als Finanzminister in Eile ein milliarden-schweres Hilfspaket schnüren (Mitte).

Wollen keine Rückkehr zur «abnormen Normalität» der Vor-Pandemie-Zeit: Protestierende in Lausanne (rechts).

Fotos Danielle Liniger, Keystone



len muss: «Ich hoffe, der Hausbesitzer kommt mir von sich aus entgegen.» Im Juni entschied das Parlament schliesslich ganz in ihrem Sinn, denn nun werden die Vermieter verpflichtet, für die Zeit des behördlich verordneten Lockdowns einen wesentlichen Teil der Miete zu erlassen.

Bis zu doppelt so viele Arbeitslose

Prekär ist die Situation für Selbständig-erwerbende, die gar keinen Anspruch auf Kurzarbeit haben. Zwar konnten sie eine Corona-Entschädigung geltend machen, wenn sie wegen des Lockdowns keine oder kaum Aufträge hatten. Doch für viele Betroffene fallen die Taggelder so gering aus, dass sie kaum zum Leben reichen. Sie mussten ihre Ersparnisse anzapfen, um nicht in die Sozialhilfe abzustürzen.

Bei den Unternehmen führte die Kurzarbeit immerhin dazu, dass es zumindest in den ersten Monaten keine Massenentlassungen gab. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis Ende Mai auf über 155 000, das sind rund 50 000 Menschen mehr als ein Jahr zuvor. Anfang Juni zeigten sich die Experten vorsichtig optimistisch, dass das Schreckensszenario von bis zu 200 000 Arbeitslosen nicht eintref-

Tiefe Rezession erwartet

Die Folgen der Pandemie werden die Schweizer Wirtschaft hart treffen. Die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich rechnet im laufenden Jahr mit einem Absturz des Bruttoinlandsproduktes um 5,5 Prozent. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen, unter der vor allem die Exportwirtschaft litt, trifft es diesmal auch den Dienstleistungssektor wie zum Beispiel das Gastgewerbe und den Tourismus hart. Ab Sommer erwarten die Konjunkturforscher eine langsame Erholung der Wirtschaft. Aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung müssen Bund, Kantone und Gemeinden mit teilweise deutlich tieferen Steuereinnahmen rechnen – laut KOF um insgesamt mehr als 25 Milliarden Franken. Die Bewältigung der Corona-Krise kostet die öffentliche Hand viel Geld. In einzelnen Kantonen – zum Beispiel im Kanton Bern – werden Befürchtungen laut, ob angesichts drohender Defizite in der Staatskasse neue Sparpakete geschnürt werden müssen. (TP)

fen könnte. Das wären doppelt so viel wie 2019, als die Arbeitslosenquote zeitweise auf 2,1 Prozent fiel.

Umstrittene Dividenden

Für breiten Unmut in Bevölkerung und Parlament sorgte die Tatsache, dass Unternehmen für das Geschäftsjahr 2019 noch Dividenden an Aktionäre verteilten, obschon sie aufgrund von Kurzarbeit Gelder aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Ein Parlamentsvorstoss für ein Dividendenverbot bei Kurzarbeit fand zwar im Nationalrat zunächst eine Mehrheit. Der Ständerat sah darin aber einen unzulässigen Eingriff in die Wirt-

schaftsfreiheit und blockte das Begehren schliesslich ab.

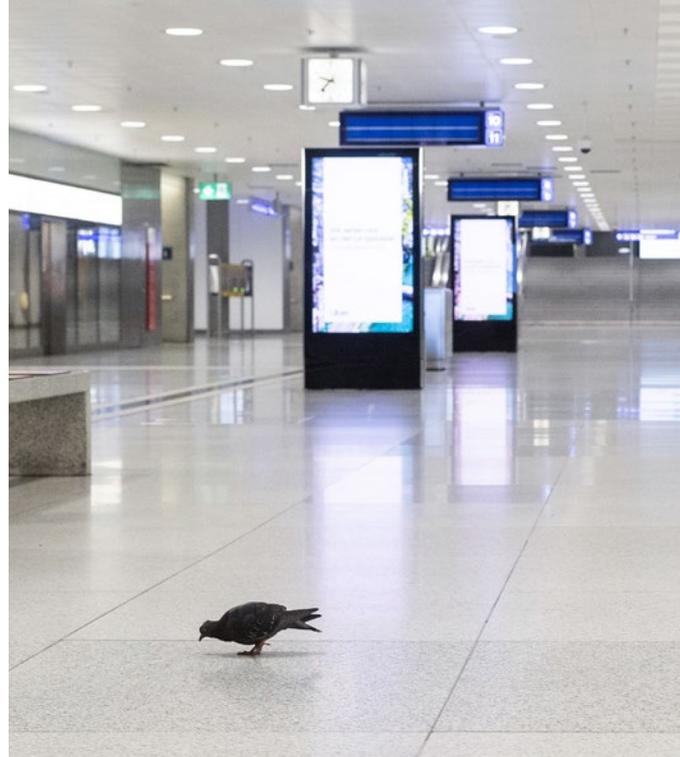
Von Dividenden kann Namgyal Studer nur träumen. Nach sechs Wochen Lockdown konnte die Coiffeuse Ende April ihr Geschäft wieder öffnen – mit entsprechendem Schutzkonzept. In den ersten zwei Wochen war die Agenda gut gebucht. Doch an ihrem Standort im Berner Universitätsquartier Länggasse ist die Coiffeuse auf Laufkundschaft angewiesen. Bis Studierende und Unipersonal wie früher spontan in den Laden treten, dürfte es aber noch länger dauern. Trotzdem bleibt sie gelassen: «Ich nehme es, wie es kommt.»



Wann ist Krise?
... wenn alle Klopapier
in unerklärbar grossen
Mengen hamstern.

... wenn der grösste
Bahnhof der Schweiz
zu den üblichen Stoss-
zeiten menschenleer
bleibt (Zürich).

... wenn Klebebänder
am Boden die zwischen-
menschliche Distanz
regulieren. Fotos Keystone



Der Lockdown und seine tiefgreifende Wirkung auf die Menschen

Die Schweiz erprobt ein neues Leben

Plötzlich war das Zuhause der Mittelpunkt unseres Lebens. Rituale des Zusammenlebens und des Konsums wurden auf den Kopf gestellt. Eine der Einsichten: Der Lockdown wurde von den Schweizerinnen und Schweizern je nach sozialer Stellung äusserst unterschiedlich erlebt.

STÉPHANE HERZOG

Draussen das Virus, drinnen die Sicherheit. So präsentierte sich die Zeit des Lockdowns, der am 16. März begann und ab dem 11. Mai, als die Schulen wieder öffneten, stetig gelockert wurde. Von heute auf mor-

gen sahen sich die Schweizerinnen und Schweizer gezwungen, sich neue Rituale zu schaffen. Plötzlich musste man sich ans Social Distancing halten, die Hände desinfizieren, eine Maske tragen, an Online-Sitzungen teilnehmen. «Es hat mich einen Monat gekostet,

zu Hause einen neuen Rhythmus zu finden», erzählt Marie Céneç, eine Pfarrerin aus Genf. «Die Gewohnheiten ruhen zu lassen und die Rituale zu verändern kostet Kraft», betont die Frau des Glaubens, die Mitglieder ihrer Kirchgemeinde per WhatsApp betreut und Gedichte, Gebete und Fürbitten mit Menschen geteilt hat, die angesichts der schlagartigen Veränderungen bekümmert waren und litten.

Entgleister Konsum

In der striktesten Phase des Lockdowns haben Schweizer Haushalte ihre Nahrungsmittelkäufe erhöht (+18,6 %). Gleiches gilt für Dienstleistungen aus dem Bereich Medien und Kommunikation (+71,2 %) und Ausgaben im Supermarkt (+36,7 %). Auf der anderen Seite halbierten die Schweizerinnen und Schweizer ihre Kleidungskäufe und senkten ihren Benzinverbrauch um 22 %. Die Ausgaben in Restaurants fielen um 53,8 %, Coiffeure mussten zusehen, wie ihre Kundenfrequenz einbrach (-80,8 %). Diese von der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ) zitierten Zahlen stammen von Postfinance, welche die Käufe ihrer 2,7 Millionen Kundinnen und Kunden zwischen Mitte März und Mitte April analysiert hat. Der Online-Handel explodierte. Im April gab die Post gegenüber der Tageszeitung «Le Temps» an, dass sie fast 850 000 Pakete pro Tag verarbeite, 40 % mehr als in derselben Vorjahresperiode. Digitec Galaxus, ein Unternehmen der Migros, gab eine annähernde Vervierfachung der Verkäufe von Fitnessgeräten und Gesellschaftsspielen und eine Verdoppelung bei den Erotikartikeln bekannt.

(SH)

Privilegierte und Schiffbrüchige

Die Anthropologin Fanny Parise, die am Institut lémanique de théologie pratique de l'Université de Lausanne forscht, erkannte während des Lockdowns vier Archetypen von Menschen. Sie stützt sich dabei auf eine Umfrage, die von 6000 Personen, je zur Hälfte in der Schweiz und in Frankreich



wohnhaft, beantwortet worden ist. Die noch unveröffentlichte Studie zeigt, dass 46 Prozent der Antwortenden ihre Lockdown-Situation als Privileg erlebt haben. Diese Personen konnten online weiterarbeiten oder waren auf Kurzarbeit gesetzt – und somit einkommensmässig weitgehend abgesichert. Demgegenüber gaben 12 Prozent an, ihre psychische Belastung sei gestiegen und ihre Lebensqualität gesunken. Das schlechteste Los zogen die 34 Prozent «Schiffbrüchigen», die ihre Arbeit verloren haben oder ihr Geschäft schliessen mussten.

Fanny Parise vergleicht den Lockdown mit einem Übergangsritus. Sie stellt fest, dass die vertrauten sozialen Rollen und Funktionen umgekrempelt worden sind. «Diesmal hatte der «Feind» kein Gesicht, und dasselbe gilt für die Helden. Ganze Berufsgruppen haben diese Funktion übernommen. Die Mitarbeitenden an den Kassen spielten sichtbar die Rolle der unentbehrlichen Zahnräder der Maschine, das medizinische Personal diejenige der Retter. Andere Berufe, die normalerweise ganz oben stehen, verloren rasch an Bedeutung, insbesondere im Dienstleistungssektor. Zuvor unter Stress stehende Mitarbeitende hatten plötzlich mehr als genug Zeit.»

Marie Cénecs Reaktion: «Ich war über die Ungleichheit der Situationen erstaunt.» Eines zeige sich rückblickend klar: «Je nach Alter, Wohnort, Lebensstandard sowie sozialer und familiärer Situation haben die Menschen den Lockdown komplett unterschiedlich erlebt.»

Stress oder Kontemplation

Menschen im Lockdown, die keinem starken beruflichen oder familiären Stress ausgesetzt waren, empfanden die Zeit als angenehm gedehnt. Sie entdeckten das Dolcefar niente und die Meditation für sich. «Die Decke anzustarren oder aus dem Fenster zu schauen wurde als positiv empfunden, obwohl dies zuvor als Müsiggang galt», sagt Fanny Parise. Diese Gruppe nutzte die neu gewonnene Zeit für Sport und fürs Basteln, Backen oder Kochen. «Ob dies nun die Ernährung oder den Alkohol betrifft: Die Menschen reagierten entweder dionysisch oder asketisch», sagt die Forscherin. Letzteres könnte als Reaktion auf den Überfluss der bisherigen Lebensweise betrachtet werden.

«Gläubige Menschen waren für den Kampf gegen Angst, Einsamkeit und Entbehrung gewappnet», konsta-

tiert die Genfer Pfarrerin. In der anthropologischen Studie bewerteten 46 Prozent der Befragten die Pandemie als eine erste Erscheinung des Zerfalls der Weltordnung. 51 Prozent gaben an, dass sie nach alternativen Erklärungen zu denjenigen der Medien gesucht haben.

«Jeder Bürger wurde zum Coronavirus-Experten, umso mehr, als die Regierungen selbst die Pandemie auch von Tag zu Tag neu kennenlernen mussten», kommentiert die französische Forscherin. Die Gläubigen konnten die Geschehnisse in eine bereits strukturierte Logik einbinden, «welche das Bestehen von Prüfungen zum Thema hat und innerhalb deren man darauf hoffen kann, Schwierigkeiten zu überwinden und innerlich daran zu wachsen», erklärt Marie Cénece.

Zugleich war die Pandemie Nährboden kühner Theorien. Einige betrachten das 5G-Mobilnetz als ihr Auslöser. Andere sehen in ihr eine Weltverschwörung. Und viele werten die Tierseuche als Konsequenz eines Unrechts, das dem Planeten angetan worden ist. «Die Geschichte der Fledermaus vom Markt in Wuhan, die einen Menschen ansteckt, ist greifbar. Sie übernimmt die Funktion einer Fabel», meint Fanny Parise.



Die föderalistisch-unübersichtliche Schweizer «Corona-Schule»

Die «Corona-Schule» gefährdete Chancengleichheit

Rund eine Million Schweizer Schülerinnen und Schüler im Volksschulalter mussten während des Lockdowns zuhause lernen. Gleiches galt für 400 000 Lernende an weiterführenden Schulen oder Berufsschulen. Der Fernunterricht hat sie alle herausgefordert. Etliche profitierten von ihm – aber längst nicht alle.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

In den Tagen nach dem 16. März war die Mailbox vieler Eltern plötzlich voll, voll von Mails der Lehrerinnen und Lehrer ihrer Kinder. Am 16. März wurden nämlich schweizweit alle Schulen geschlossen und es galt in aller Eile, einen Fernunterricht aufzubauen. Doch die Unterlagen und Arbeitspläne, die den Eltern und ihren Kindern zugestellt wurden, unterschieden sich nicht nur von Kanton zu Kanton, sondern von Schule zu Schule, von Klasse zu Klasse.

Es gab Lehrkräfte, die mit ihren Schülerinnen und Schülern täglich per Video arbeiten wollten. Andere erwarteten von den Kindern die selbstständige Erarbeitung grosser, fächerübergreifender Dossiers. Hier die Schulen, die sich stark auf die traditionellen Hauptfächer fokussierten. Da

die anderen, die in der angespannten Zeit auch Wert auf die kreativen und musischen Bereiche legten. Kurz: Jede Lehrerin, jeder Lehrer packte den Fernunterricht anders an. Der Schweizer Föderalismus zeigte sich zu Beginn der «Corona-Schule» in einer sehr ausgeprägten Form.

Start ohne klare Vorgaben

Für die Eltern, die gerade selber unter dem Eindruck der coronabedingten Umbrüche in ihrer Arbeitswelt standen, war es schwierig, den Überblick in Sachen Schule zu behalten. Nicht nur die Ziele, Schwerpunkte und Regeln des Fernunterrichts waren alles andere als einheitlich. Selbst auf die Frage, ob und wie die Schülerinnen und Schüler in der Corona-Zeit beurteilt und benotet werden sollten, gabs

unterschiedliche Antworten. So war zu Beginn der Fernschule unklar, ob Abschlussprüfungen, etwa die Maturitätsprüfungen, überhaupt stattfinden würden. Alles in allem kein Start mit klaren Vorgaben.

In normalen Zeiten zeigen sich oft die Stärken der dezentralen und sehr föderalistisch geprägten Schweizer Schullandschaft. Jetzt, in der Krise, offenbarten sich einige ihrer Schwächen. Die qualitativen Unterschiede zwischen den Schulen wurden grösser und die Folgen dieser Unterschiede ebenfalls. Diesen Schluss ziehen die Verfasserinnen und Verfasser des sogenannten Schul-Barometers der Pädagogischen Hochschule Zug. Dieses Barometer zeigt gestützt auf systematische Befragungen das Stimmungsbild in den Schulen der Schweiz, Deutschlands und Öster-



Alle Schulen blieben zu (Golaten, BE). Kinder und Eltern lernten die Doppelbelastung von Homeschooling und Homeoffice kennen. Und für Jugendliche an der Schwelle zu Studium oder Berufseinstieg wurde die Zeit zur Herausforderung.
Fotos Keystone



reichs und kommt für die letzten Monate zum Schluss: Die Fernschule während des Lockdowns beeinträchtigt möglicherweise die Chancengleichheit der Schülerinnen und

Viele Jugendliche fürchten, keine ideale Lehrstelle zu finden

Die Corona-Pandemie erschwert den Schweizer Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben. In der Regel beginnen 60 von 100 Jugendlichen nach der Volksschule eine Berufslehre. Wegen des Lockdowns mussten aber alle Schnupperlehren abgesagt werden. Auch Vorstellungsgespräche waren kaum möglich. Zudem führten sehr viele Betriebe Kurzarbeit ein und sistierten die Besetzung von Stellen. In der Folge wurden weniger Lehrverträge abgeschlossen.

In der lateinischen Schweiz lag im Frühsommer die Zahl abgeschlossener Lehrverträge im Vergleich zu 2019 bei bloss 30 Prozent, auch in der Deutschschweiz lag der Wert unter jenem des Vorjahres. «Unsere grösste Sorge ist, dass Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen plötzlich keine Lehrstellen mehr anbieten oder bestehende Verträge wieder auflösen», sagt Theo Ninck, Mitglied der Berufsbildungstaskforce des Bundes.

Im Juni äusserte sich das Staatssekretariat für Wirtschaft gleichwohl optimistisch: Der Lehrstellenmarkt sei insgesamt recht stabil. (GUM)

Schüler. Konkret befürchten die Forschenden aus Zug, dass Schülerinnen und Schüler aus sozial und wirtschaftlich belasteten Familien zu den Bildungsverlierern der Corona-Zeit gehören werden. Wer in beengten Wohnverhältnissen lebe, weder von Eltern noch von Geschwistern Unterstützung erhalte und nicht über die geeigneten technischen Mittel verfüge, drohe beim Fernunterricht schulisch ins Hintertreffen zu geraten. Es zeigten sich «Schereneffekte», also ein Auseinanderdriften der Ausgangslage: Ein Sechstel der Schülerschaft lernte dramatisch wenig, weniger als 9 Stunden pro Woche. Fast ein Drittel setzte 25 Stunden oder mehr pro Woche ein, zum Teil sogar mehr als im Schulalltag vor der Pandemie.

Aufgrund solcher Befunde ist auch Dagmar Rösler, Präsidentin des Lehrerverbands der Schweiz, überzeugt: «Die Schulschliessung hat die Unterschiede zwischen den Schülern vergrössert.» Was werden die Schweizer Staatsschulen vor dem Hintergrund der Corona-Erfahrungen nun tun? Wichtig bleibt für sie der Einsatz für eine weitreichende Chancengleichheit, besuchen doch in der Schweiz die allermeisten Kinder und Jugendlichen in den obligatorischen Schul-

jahren eine öffentliche Schule. Nur 4,6 Prozent weichen auf eine Privatschule aus.

Die bereits angelaufene Zukunftsdiskussion zu den Auswirkungen des Fernunterrichts verknüpft die Themen Chancengleichheit und Digitalisierung. Laut Dagmar Rösler stellt sich etwa die Frage: «Ist es die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass alle Schulkinder zuhause über die nötige, digitale Infrastruktur verfügen?» Auch über die Zukunft von Hausaufgaben müsse man nachdenken, denn da zeige sich Ähnliches wie beim Fernunterricht: «Bildungsnaher Eltern können ihren Kindern helfen, bildungsferne Eltern nicht.»

Die heutigen Schulkinder ihrerseits kümmern sich kaum um die Frage, wie die Corona-Pandemie die Schule der Zukunft prägen wird. Sie haben einen anderen Blick. Nach den Wochen zuhause besuchen sie inzwischen wieder ihre Schule – und lernen diese neu kennen. Viele tun dies durchaus freudig, weil ihnen zum Beispiel der Kontakt mit Gleichaltrigen sehr fehlte. Welche Folgen das Abenteuer «Corona-Schule» für sie hat, wird letztlich erst die Zukunft zeigen.



Was sich ins Lock-down-Bildgedächtnis einprägte: die praktisch komplett stillgelegte Swiss-Flotte; die völlig touristenfreie Touristenmetropole Luzern; die hochschnellenden Veloverkäufe in der Schweiz; und die Erinnerung an sehr sonnige Tage in «Balkonien».

Fotos Keystone



Das Corona-Virus krepelt den Tourismus um

«Macht Ferien in der Schweiz!»

Noch im letzten Jahr boomte der Tourismus in der Schweiz. Der Begriff «Overtourism» machte die Runde. Doch diesen Sommer bleiben viele Hotelbetten leer. Die Branche hofft umso mehr auf einheimische Gäste. Doch sie können die verlorene Saison kaum retten.

THEODORA PETER

Die spektakuläre Aussicht vom Jungfrauoch auf die hochalpine Gletscherwelt ist atemberaubend – auch wegen der dünnen Luft auf fast 3500 Metern über Meer. Die höchste Bahnstation Europas, von den Jungfrauabahnern erfolgreich als «Top of Europe» vermarktet, zog letztes Jahr über eine Million Besucherinnen und Besucher an, 70 Prozent von ihnen aus Asien. Dann kam Mitte März der Lockdown und brachte den Tourismus für fast drei Monate zum Erliegen. «Erstmals seit dem Ersten Weltkrieg standen die Jungfrauabahnern länger als für die Dauer eines Föhnsturms still», sagt Bahnchef Urs Kessler.

Der 58-jährige Berner Oberländer, seit über 30 Jahren im Geschäft, hat schon viele Turbulenzen erlebt: «9/11, Sars, Schweinegrippe und die Finanz-

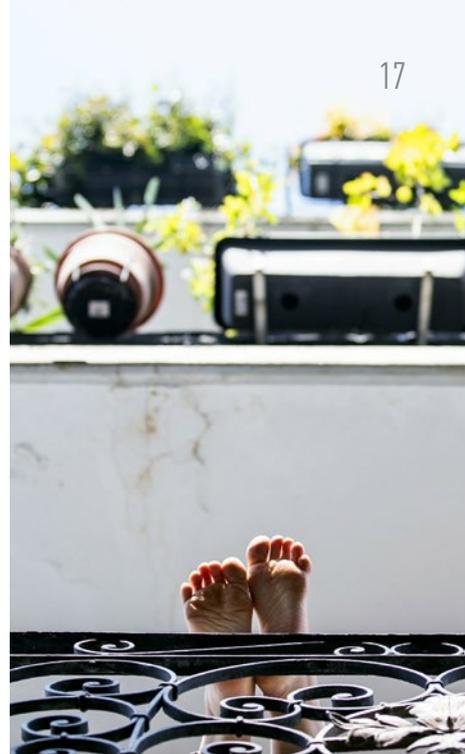
krise 2008: Das war alles nichts im Vergleich zur Corona-Epidemie.» Kessler brach Ende Februar eine Werbetour in Asien ab, um noch rechtzeitig in die Schweiz zurückzukehren. Zwei Wochen später stand alles still. «2020 wird ein Seuchenjahr», bilanziert der Bahnchef schon jetzt.

Ein Drittel weniger Umsatz

Das Virus und seine Folgen trifft die gesamte Tourismusbranche schwer. Zwar blieben die Hotels in der Schweiz von der behördlich verordneten Schliessung verschont, doch ohne Ausflugsinfrastruktur und Gastronomie bricht die Wertschöpfungskette auseinander. «Es ist so dramatisch wie kaum zuvor», sagt auch Martin Nydegger, Chef von Schweiz Tourismus. Die Marketingorganisation erwartet

für das laufende Jahr für die Schweizer Tourismusbranche Umsatzeinbussen von bis zu 35 Prozent. Nicht alle Hotels und Ausflugsanbieter werden diese Krise überleben. Nydegger befürchtet, dass jeder vierte Betrieb Konkurs gehen könnte.

Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) rechnet ihrerseits mit einem Einbruch der Logiernächte um rund 30 Prozent. Besonders dramatisch ist das Wegbleiben der Reisenden aus fernen Ländern. Mehr als die Hälfte der 40 Millionen Übernachtungen waren letztes Jahr von ausländischen Gästen gebucht worden. Einheimische Feriengäste können diesen Wegfall nur zum Teil wettmachen, auch wenn die KOF-Experten für Juli und August mit 10 bis 15 Prozent mehr Übernachtungen inländischer Touristinnen und Touris-



ten rechnen. Davon profitieren in erster Linie die Bergregionen sowie das Tessin. Verlierer ist der Städtetourismus.

Der Ferienappell von Finanzminister Ueli Maurer

Das eidgenössische Parlament greift der gebeutelten Branche mit einem Kredit von 40 Millionen Franken unter die Arme. Mit dem Geld sollen Kampagnen finanziert werden, um die Nachfrage für Ferien hierzulande anzukurbeln. Der Bundesrat hatte für den Tourismus keine besondere finanzielle Unterstützung vorgesehen, rief die Schweizer Bevölkerung in der Corona-Krise aber zur Solidarität auf. «Macht Ferien in der Schweiz! Gebt das Geld hier aus!» predigte etwa Finanzminister Ueli Maurer (SVP).

Ob dieser Appell fruchtet, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Denn auch die anderen europäischen Staaten buhlen intensiv um Feriengäste. Seit dem 15. Juni sollten die Grenzen im Schengenraum wieder offen sein. Dadurch liebäugeln auch manche Schweizerinnen und Schweizer wieder mit Strandferien am Meer. Umgekehrt hoffen die Hoteliers auf zusätzliche ausländische Gäste.

Schweiz Tourismus wirbt derzeit mit den urschweizerischen Tugenden von Sauberkeit und Sicherheit um das Vertrauen in- und ausländischer Gäste. Dafür wurde das Label «Clean & Safe» lanciert. Damit wollen Hotels und Tourismusgewerbe der Kundschaft signalisieren, dass die Schweiz nicht nur Naturnähe, sondern auch Sicherheit und ein gutes Gesundheitssystem zu bieten hat. Das Label tragen dürfen Betriebe, die ein Schutzkonzept gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit umgesetzt haben.

Preiskampf senkt Einnahmen

Nebst dem Vertrauen spielen auch die Preise eine Rolle. Viele Destinationen locken mit Spezialangeboten. So buhlen die Jungfraubahnen mit einem speziellen «Corona-Pass» um die Gunst der einheimischen Ausflügler. Trotz den erwarteten Einbussen geht Urs Kessler davon aus, «dass wir gestärkt aus dieser Krise kommen werden». 2021 werde zum Übergangsjahr, bevor 2022 eine Rückkehr zur Normalität zu erwarten sei. Tourismus-Experten der Universität St. Gallen gehen davon aus, dass es fast drei Jahre dauern wird, bis sich der internationale Reiseverkehr wieder erholt hat.

Milliardenhilfe für Schweizer Luftfahrt

Der Stillstand des Reiseverkehrs bringt viele Fluggesellschaften in finanzielle Nöte – auch die Schweizer Airlines Swiss und Edelweiss, deren Flugzeuge monatelang am Boden blieben. Die Schweiz unterstützt die heimische Luftfahrt in Form von Bürgschaften in der Höhe von insgesamt 1,875 Milliarden Franken. Davon fliessen rund 1,2 Milliarden als Bankdarlehen an Swiss und Edelweiss. 600 Millionen Franken gehen an flugnahe Betriebe für die Fracht- und Gepäckabwicklung, Unterhalt und Verpflegung. Die Staatshilfe ist verknüpft mit einem Verbot, dass die unterstützten Firmen Dividenden auszahlen dürfen. Auch sollen die Klimaziele berücksichtigt werden. Mit dem Geld sollen die Schweizer Airlines die Corona-Krise durchstehen und das Hochfahren des Betriebs sicherstellen. Swiss ist eine Tochter des Lufthansa-Konzerns. Die deutsche Regierung will Lufthansa ihrerseits mit einem Hilfspaket von neun Milliarden Euro stützen. (TP)



Kabarettistin Patti Basler (links) musste alle Auftritte absagen und produzierte stattdessen fürs Publikum Corona-Videos. Cartoonist Max Spring (rechts) liess bei Ausbruch der Krise das Zeichnen gleich ganz bleiben. Fotos Tibor Nad / Andreas Blatter



Humor in der Corona-Krise

Plötzlich war sogar der Humor regierungstreu

Die scharfzüngigen Satiriker verstummten, die frechen Cartoonisten legten den Stift beiseite: Der Ausbruch der Corona-Pandemie wischte den Humor weg. Selbst nach «Weltuntergängen» werde mit der Zeit aber klar, dass es ohne Lachen und Lächeln nicht gehe, sagt zum Beispiel der Cartoonist Max Spring.

MARC LETTAU

Die plötzliche Abwesenheit von Humor war auffällig. Die sonst um keine scharfe Pointe verlegenen Schweizer Berufskomikerinnen und Cartoonisten hielten sich maximal zurück. Sie verstärkten lieber behördliche Parolen: Kontakte meiden, zuhause bleiben, Hände waschen. So entschied sich etwa die stets rotzfreche Kabarettistin Patti Basler im ersten Schrecken darauf, zwar witzige, aber primär aufklärende Corona-Videos zu drehen. Viktor Giacobbo, der Altmeister der Schweizer Komik, bilanziert im Rückblick: «Wir Satiriker waren noch nie so regierungstreu.» Statt querdenkend das behördliche Tun zu karikieren, assistierten sie. Hatte das Virus den Humor infiziert?

Wir greifen den Berner Cartoonisten Max Spring heraus und fragen nach: Was hat er bei Krisenbeginn gezeichnet? Max Spring: «Gar nichts. Es war der Weltuntergang. Jeden Tag Anspannung, Verschärfung und Horrorbilder. Alles erschien existenzbedrohend. Da blieb kein Raum fürs Witzeln.» Zudem habe schlicht keine Zeitung Corona-Cartoons gewollt. Statt zu zeichnen hing er Bundesrat Alain Berset und seinem Experten Daniel Koch an den Lippen: «Auch ich war sehr froh über ihre Führung, ihre starke Hand.»

Der Weg aus der humoristischen Sprachlosigkeit brauche Zeit: «Ein Sujet, das zu Beginn unerträglich wäre, kann eine Woche später bereits anregend sein. Humor braucht den richtigen Zeitpunkt.» Inzwischen sei er frei, die Folgen der Pandemie augenzwin-

kernd zu illustrieren. Nur eines liege nie drin: «Sich über jene lustig zu machen, die wirklich leiden.» Wozu überhaupt Humor? Er macht nichts ungeschehen. Spring wählt fürs Erklären den Klimawandel, der aus seiner Sicht noch grösseren Katastrophe: «Wir dürfen nicht über den Klimawandel lachen. Aber wir müssen trotz des Klimawandels lachen. Es geht darum, das eigene Lachen und Lächeln zu erhalten.» Wird er so zu einem Pausenclohn des Niedergangs? Spring verneint dezidiert: «Ich gehe nicht ins Atelier und nehme mir vor, lustig zu sein. Ich arbeite, ich kämpfe, ich brauche den Pinsel als Werkzeug. Ich bilde mir ein, so auch einen kleinen Beitrag zur Bewältigung schwieriger Fragen zu leisten.»



Max Spring

Max Spring zeichnet für die «Schweizer Revue». Sein Thema: «Nichts ist mehr wie früher.»

Meisterschaft ist in jeder Sprache möglich

Ein St.Galler Lyriker schrieb in spanischer Sprache Schweizer Literaturgeschichte

CHARLES LINSMAYER

Gibt es das: einen Autor, der von einem als Kind erlebten fernen Land ein Leben lang bewegt und getragen ist und in dessen Sprache so authentisch und gekonnt zu dichten vermag, dass einer der grössten, mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Autoren jenes Landes sagen kann, er sei «vom Zauber und der Zartheit seiner Lieder überrascht»? Doch, ja, das gibt es! Der Autor war Hans Leopold Davi, das ferne Land die spanische Insel Teneriffa. Er wurde dort als Sohn von aus Kaltbrunn (SG) eingewanderten Eltern am 10. Januar 1928 geboren. Und sein prominenter Bewunderer war der spanische Dichter Vicente Aleixandre (1898-1984).

Deutsche Premiere in Paris

Davi besuchte auf Teneriffa die Volksschule, kam mit 19 ans Gymnasium St.Gallen und absolvierte nach einer Buchhändlerlehre in Zürich ein Praktikum in Paris. Dort druckte 1952 die Druckerei Georges Girard in deutscher Sprache seinen Erstling, die «Gedichte einer Jugend», von denen eines, «Nächtliche Heimkehr», die Verse enthielt: «Wo ist das Du, das unbekannte, / Das meine Träume nährt? / Wo ist das Du, das unbenannte, / Das Heimat mir gewährt?» Schon der Zweitling, «Spuren am Strand» (1956), enthielt jedoch nur noch spanisch geschriebene Gedichte in eigener Übersetzung. Was erneut bei den 1959 erschienenen «Kinderliedern» der Fall war, die Vicente Aleixandre so sehr begeisterten, und was sich auch im Band «Stein und Wolke» von 1961, ja in seinen sämtlichen Lyrikbänden bis hin zum letzten, der 2000 unter dem Doppeltitel «Me escaparé por el Hueco de la Chimenea» / «Ich werde durchs Kaminloch entkommen» erschien, ausnahmslos fortsetzte.

Spanisch dichten in der Schweiz

Bei lakonischer Verknappung der sprachlichen Form sind die Gedichte dieses von 1953 bis zu seinem Tod am 12. August 2016 mit seiner Frau, der Malerin Silvia Davi, in Luzern wohnhaften Autors von einer hohen geistigen Konzentration und grosser lyrischer Intensität. Sie stehen in der grossen Tradition der spanischen Lyrik und bleiben bei aller gelegentlichen Kühnheit im Formalen stets klar und verständlich. Thematisch umfassen sie die Verwundung über das Unheimlich-Unbegreifliche ebenso wie die Suche nach dem unbekanntem Gott, und im Tiefsten sind es fast immer Versuche, dem Sinn des Lebens, des Todes und der Liebe näherzukommen.

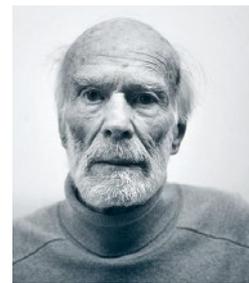
Davi, der auch als begnadeter Übersetzer hervortrat – Dürrenmatt, Hilde Domin und eine ganze Reihe seiner Schweizer Kollegen übertrug er ins Spanische –, war aber nicht bereit, um des künstlerisch Schönen willen Unrecht zu verschweigen. So thematisierte er mehrfach die Schrecken der Franco-Diktatur, in einem Gedicht über die Nationalbibliothek von Buenos Aires kam er 1990 auf die ungesühnten Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärdiktatur zu sprechen – «Oder gilt in diesen Breitengraden und andern ein Mensch vielleicht/ weniger als ein Buch oder ein Dokument?» –, und noch 2000 beklagte er eine Flüchtlingspolitik, der gültige Ausweispapiere mehr gelten als menschliche Not.

Provinzielle Engstirnigkeit

Während Davi in Spanien höchste Anerkennung genoss, war er der Schweiz zu wenig schweizerisch. 2015, als er den Nachlass dem Schweizerischen Literaturarchiv in Bern vermachen wollte, bekam er von dessen Leiterin die Antwort, es sei nicht möglich, ihn aufzunehmen, weil in Bern niemand in der Lage sei, auf Spanisch verfasste Handschriften zu archivieren! Die Liebe zu Spanien, zur spanischen Sprache und zu den Landschaften seiner Träume aber wollte Davi bis zuletzt nicht einem wie immer gearteten Schweizer Patriotismus opfern. Noch das «Gebet eines alten Mannes» von 1999 endete auf grossartige Weise mit dem Wunsch: «Ser algo: / un hábito del viento de la mañana / un polvillo de la estrella polar / una fugitiva huella/ en tus sueños lúcidos.» [«Etwas sein: ein Hauch des Morgenwinds/ ein Stäubchen des Polarsterns / eine flüchtige Spur /in deinen lichtesten Träumen.»]

BIBLIOGRAFIE: Im orte-Verlag sind die Gedichte «Ein Reisepass für das Wort» von 2000, bei Pro Libro in Luzern die Jugenderinnerungen «Erlebtes und Erdachtes» von 2007 greifbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH



HEIMAT

Dieses Häufchen Erde,
auf dem ich bin
und meine Füsse habe
und jenes andere, unbekannte,
weite Land,
in dem ich nicht bin,
wohin mich aber meine Flügel tragen!

(Hans Leopold Davi, aus «Spuren am Strand», Diogenes, Zürich 1956, vergriffen)



Mammut-Abstimmungssonntag im Herbst

Nach der Absage des eidgenössischen Urnengangs vom Mai entscheiden die Stimmberechtigten am 27. September nun gleich über fünf Vorlagen – darunter die Begrenzungsinitiative der SVP. Die Debatte zum Verhältnis der Schweiz mit der Europäischen Union (EU) wird nach dem Lockdown neu lanciert.

THEODORA PETER

Das Corona-Virus hat auch die direkte Demokratie vorübergehend zum Stillstand gebracht. Erstmals seit dem Jahr 1951, als die Maul- und Klauenseuche die Durchführung einer Volksabstimmung verunmöglichte, sagte der Bundesrat einen Urnengang ab. Die Abstimmungsthemen vom 17. Mai wurden auf den Herbsttermin verschoben und mit zwei weiteren gewichtigen Vorlagen zu Vaterschaftsurlaub und Kampfjets ergänzt (siehe Seiten 22 und 23). Der nun stark befrachtete September-Urnengang sei «kein Wunsch-szenario» aber verkraftbar, sagte Bundeskanzler Walter Thurnherr. Tatsächlich hat das Stimmvolk in den letzten Jahren wiederholt über fünf oder sogar mehr Vorlagen abgestimmt.

Für den grössten politischen Zündstoff sorgt die Abstimmung zur Begrenzungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Eine Annahme hätte zur Folge, dass die Schweiz das bilaterale Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU entweder neu verhandeln oder kündigen muss – mit dem Risiko, dass der bilaterale Weg

als Ganzes gefährdet wird. Deshalb warnen die Wirtschaftsverbände und alle übrigen Parteien eindringlich vor der «Kündigungsinitiative» (siehe ausführlichen Bericht in der «Revue» 2/2020).

Nach dem Lockdown werden die Karten im Abstimmungskampf neu gemischt. Die prognostizierte Rezession wird europaweit zu einer steigenden Arbeitslosigkeit und sinkenden Staatseinnahmen führen. Laut Beobachtern wird entscheidend sein, wie die Auswirkungen der Corona-Krise beurteilt werden. Werden nach den vorübergehenden Grenzschiessungen nationale Reflexe verstärkt oder die Partnerschaft mit der EU höher gewichtet? Bisher hatten sich die Schweizerinnen und Schweizer jeweils hinter den bilateralen Weg gestellt. Wie der Ausnahmezustand der letzten Monate das Meinungsklima beeinflusst, ist offen. Bis zum Redaktionsschluss lagen noch keine Abstimmungsumfragen vor. Klar ist: Der Urnengang wird für die Schweiz zum folgenschweren Grundsatzentscheid zum künftigen Verhältnis zu Europa.

Alle Abstimmungen vom 27. September im Überblick

- **Begrenzungsinitiative:** Die Schweiz soll die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern wieder eigenständig regeln. Dies fordert die SVP mit ihrer Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung». Deren Annahme hätte eine Kündigung des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit mit der EU zur Folge. **Die internationale Mobilität ist für viele Ausland-schweizerinnen und Auslandschweizer von grosser Bedeutung. Das Parlament der Fünften Schweiz, der Auslandschweizerrat (ASR), hat nach Redaktionsschluss dieser «Revue» eine Parole zur Begrenzungsinitiative gefasst. Wie sie lautet, ist auf www.revue.ch und www.aso.ch zu lesen.**
- **Jagdgesetz:** Der Schutz der Wölfe und anderer Tierarten soll gelockert werden. Damit soll eine «massvolle» Regulierung des Tierbestandes ermöglicht werden. Die Vorlage geht Tier- und Naturschutzorganisationen viel zu weit. Mehr zum Thema: siehe Schwerpunkt-thema der «Revue» 2/2020.
- **Bundessteuer:** Der allgemeine Kinderabzug bei der Bundessteuer soll von 6500 auf 10 000 Franken erhöht werden. Dagegen ergriff die SP das Referendum: Aus ihrer Sicht profitieren bloss Gutverdienende von diesem «Steuerbonus für reiche Eltern».
- **Kampfjets:** Der Bundesrat soll bis zu sechs Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ausgeben dürfen. Dagegen wehren sich «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA), SP und Grüne. Nicht abgestimmt wird über den Flugzeugtyp. Mehr zum Thema: Seite 22.
- **Vaterschaftsurlaub:** In den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes sollen Väter zwei Wochen bezahlten Urlaub erhalten. Dieser indirekte Gegenvorschlag zu einer inzwischen zurückgezogenen Volksinitiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub wird von SVP-Vertretern und Jungfreisinnigen bekämpft. Mehr zum Thema: Seite 23.

Neue Kampffjets für den Schweizer Himmel

Soll die Schweiz für sechs Milliarden Franken neue Kampffjets kaufen? Über diese Frage entscheiden die Schweizer Stimmberechtigten am 27. September 2020. Die Frage polarisiert: Nicht vergessen ist die harte Bruchlandung, die der Bundesrat in Sachen Kampffjets vor sechs Jahren hinnehmen musste.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Die Flugeigenschaften des F/A-18 der Schweizer Armee passen gut zu den geologischen Gegebenheiten der Schweiz. Die engen Alpentäler und die oft sehr kurzen Flugpisten sind für den Kampffjet aus dem Hause Boeing (USA) kein Problem. Das zumindest findet die Schweizer Luftwaffe. Doch: Sowohl die F/A-18 wie auch die Tiger-Kampffjets des kalifornischen Herstellers Northrop Corporation sind in die Jahre gekommen und müssen ersetzt werden.

Bundesrätin Viola Amherd (CVP), die seit Anfang 2019 dem Militärdepartement vorsteht, hielt deshalb bereits kurz nach Amtsantritt fest: Für die Zukunft der Armee sei die Be-

schaffung neuer Kampfflugzeuge wichtig. Nebst der Beschaffung neuer Jets gehört auch die Modernisierung der bodengestützten Luftverteidigung zur angestrebten Erneuerung der Luftverteidigung. Ohne diese Erneuerung könne die Armee «das Land und die Menschen nicht vor Angriffen aus der Luft schützen», argumentiert Viola Amherd.

Das Schweizer Parlament teilt diese Einschätzung: Die Mehrheiten von Ständerat und Nationalrat stellen sich hinter Amherds Forderung, bis Ende 2030 für maximal sechs Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge zu beschaffen. Die geplante Investition soll mit Kompensationsgeschäften verknüpft werden: Ausländische Un-



Für Viola Amherd gehts um die Grundsatfrage, ob die Schweiz überhaupt noch eine Luftwaffe haben soll. Foto Keystone

In die Jahre gekommen: die F/A-18 im Dienst der Schweizer Luftwaffe. Foto Keystone

ternehmen, die Kampffjets liefern dürfen, müssen für 60 Prozent des Vertragswertes Aufträge in der Schweiz vergeben. Ausserhalb des Parlaments gibt es Opposition gegen die Beschaffung neuer Kampffjets. Die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) ergriff gemeinsam mit linken Parteien und Friedensorganisationen das Referendum, sammelte Unterschriften und erzwang damit, dass nun das Volk am 27. September 2020 über den Kreditrahmen von sechs Milliarden Franken und über die Kompensationsgeschäfte entscheiden kann.

Ein Nein zum Saab Gripen

Damit befinden die Schweizer Stimmberechtigten zum zweiten Mal innert weniger Jahre über den Kauf neuer Kampfflugzeuge. 2014 lehnten sie die Beschaffung von 22 schwedischen Jets des Typs Saab Gripen ab. Der Nein-Stimmen-Anteil lag bei 53,4 Prozent. Auch damals hatten die GSoA und weitere Organisationen gegen den geplanten Kauf das Referendum ergriffen. Die Hauptargumente der Gegner: Der Kauf des Gripen käme die Schweiz weit teurer zu stehen als die veranschlagten 3,1 Milliarden Franken; die vorhandenen F/A-18-Kampffjets reichten für die luftpolizeilichen Aufgaben aus; und es sei unklar, ob der noch im Entwicklungsstadium stehende neue Gripen überhaupt jemals fliegen werde.

Heute, sechs Jahre später, ist die Ausgangslage eine andere. Während 2014 vorab Tiger-Flugzeuge hätten ersetzt werden müssen, geht es diesmal um die Grundsatfrage, ob die Schweizer Armee überhaupt noch eine Luftwaffe haben soll. So zumindest lautet die Lesart des Bundesrats. Anders als damals ist zudem die Vorgehensweise des Bundesrats: Er legt sich diesmal



Ist das Baby da, wollen viele Väter mehr freie Tage

nicht auf ein Nachfolgemodell fest. Denn genau das erwies sich 2014 als Problem: Aviatikspezialisten äusseren öffentlich Kritik am «unausgereiften» Gripen, verwaltungsinterne Dispute wurden publik, und der damals fürs Militär zuständige Bundesrat Ueli Maurer (SVP) geriet unter Beschuss. Das Nein des Souveräns war damit programmiert.

Amherd geniesst breite Sympathie

Anders ist die Ausgangslage diesmal auch, weil die heutige Militärministerin Viola Amherd gemäss Umfragen sehr beliebt ist. Die Sympathie, die ihr entgegengebracht wird, erleichtert es ihr, auch über bürgerliche Kreise hinaus für die Schweizer Luftwaffe zu werben. Offenbar mit Erfolg: 2019 ergab eine Umfrage der ETH Zürich, dass eine Mehrheit der befragten Schweizerinnen und Schweizer die Armee als nötig erachtet und findet, es werde gerade genug oder sogar zu wenig für die Verteidigung ausgegeben.

Für die armeekritischen Gegner könnte es diesmal also schwierig werden. Lewin Lempert, Mitglied des Referendumskomitees, widerspricht. Es gebe durchaus starke Argumente für ein Nein: «Mit der Vorlage kaufen wir die Katze im Sack, da man den Flugzeugtyp nicht kennt.» Zudem könnten die neuen Kampfjets über ihre gesamte Lebensdauer betrachtet um die 24 Milliarden Franken kosten. Das zeigten Zahlen aus dem Ausland. Ausserdem sei eine Ausgabe von sechs Milliarden Franken für Kampfjets während der Corona-Krise «schwierig zu rechtfertigen».

Ob sich diesmal die Argumente des Bundes oder jene des Referendumskomitees durchsetzen werden, wird sich im Herbst zeigen.

Seit bald zwei Jahrzehnten diskutiert die Schweiz über die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs. Bis anhin hat sich das Parlament stets dagegen entschieden. Doch es ist eine Trendwende im Gang und das Stimmvolk kann im September einen Grundsatzentscheid fällen.



Vater Hauke Krenz und seine zwei Kids: Sein Beispiel illustriert den gesellschaftlichen Wandel.

Foto ZVG

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Für die Geburt seines ersten Kindes hat Hauke Krenz von seinem Arbeitgeber einen einzigen Tag Urlaub erhalten. Das war vor fünf Jahren. Danach hätte er seine Frau und sein neugeborenes Kind alleine lassen und wieder zur Arbeit gehen müssen. Doch das wollte er nicht: «Ich hätte ein schlechtes Gewissen gehabt deswegen. Ich wollte von Anfang an Teil dieser Familie sein, Verantwortung übernehmen und eine enge Beziehung zu meinem Kind aufbauen», sagt der in der Genfer Gemeinde Lancy lebende Vater: «Ein Tag Urlaub reicht ja oft nicht einmal aus, um die Geburt richtig mitzuerleben.»

Der Betriebsökonom setzte deshalb seinen Jahresurlaub ein, um in den Wochen nach der Geburt bei sei-

ner Frau und seinem Kind sein zu können. Und er hat sich gleichzeitig bei seinem Arbeitgeber «heftig beschwert», nämlich über die fehlende Möglichkeit, einen längeren Vaterschaftsurlaub beziehen zu können. Mittlerweile hat der damalige Arbeitgeber von Hauke Krenz seine Familienpolitik geändert: Bei der Geburt seines zweiten Kindes vor zwei Jahren konnte Hauke Krenz zehn Tage Vaterschaftsurlaub beziehen. Es ist offensichtlich ein Kulturwandel im Gang.

Junge Fachkräfte suchen gute Urlaubsmodelle

Krenz ist tatsächlich gar kein Einzelfall. In der Schweiz stellen sich mittlerweile viele junge Familien auf den Standpunkt, dass Vätern auch nach

der Geburt eine wichtige Rolle zukommt. Als Folge bieten immer mehr Unternehmen einen Vaterschaftsurlaub an, um für junge Fachkräfte attraktiv zu bleiben. Die Pharmafirma Novartis etwa ist bezüglich Vaterschaftsurlaub die Schweizer Spitzenreiterin und gewährt den bei ihr arbeitenden Vätern 90 Tage Urlaub nach der Geburt eines Kindes. 15 Tage gewähren Firmen wie Migros, Coop oder Swisscom.

Allerdings: Ein Vaterschaftsurlaub als solches ist bis heute in der Schweiz nicht gesetzlich geregelt. Nur der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub ist im Gesetz verankert. Väter können bei der Geburt ihrer Kinder noch immer nur einen einzigen Freitag geltend machen. Ob sie ihren Angestellten darüber hinaus einen weitergehenden Vaterschaftsurlaub gewähren oder nicht, ist den Arbeitgebern freigestellt.

Doch das könnte sich bald ändern: Alle Väter sollen das Recht bekommen, in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ihres Kindes zehn Tage Urlaub zu beziehen, entweder am Stück oder tageweise. Zumindest sieht das die Abstimmungsvorlage vor, über welche am 27. September 2020 in der Schweiz abgestimmt wird.

Über 30 erfolglose Anläufe

Über einen Vaterschaftsurlaub wird in der Schweiz schon seit Jahren diskutiert. Seit 2003 wurden auf Bundesebene über 30 parlamentarische Vorstösse eingereicht, die einen Vaterschaftsurlaub forderten oder gar einen Elternurlaub, der auf Mutter und Vater aufgeteilt würde. Allerdings: Das Parlament entschied sich stets dagegen. Das schlagkräftigste Argument waren stets die Kosten. Gemäss den Berechnungen des Bundes würden sich die Kosten für den nun vorliegenden Vorschlag zum Vaterschaftsurlaub auf 230 Millionen Franken pro Jahr belaufen.



Gewerkschafter Adrian Wüthrich:
«Väter spielen heute punkto Betreuung längstens eine zentrale Rolle.»

Foto parlament.ch



Wirtschaftsvertreterin Diana Gutjahr:
«Ein staatlich bezahlter Vaterschaftsurlaub macht einen Mann nicht zu einem umsorgenden Vater.»

Foto parlament.ch

Dass die Schweizer Bevölkerung nun zum ersten Mal direkt über einen gesetzlich geregelten, zehntägigen Vaterschaftsurlaub abstimmen kann, ist auf eine 2017 eingereichte Volksinitiative zurückzuführen, die einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub forderte. Der Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!» zog seine Initiative vor einem Jahr allerdings zugunsten eines Gegenvorschlags des Parlaments zurück: Dieses schlug als Kompromiss zehn Tage Urlaub vor. Doch dieser Kompromissvorschlag geht einigen noch immer zu weit. Ein überparteiliches Komitee, das sich «gegen immer mehr staatliche Abgaben» wehrt, sammelte Unterschriften für ein Referendum – und erzwang so die nun anstehende Abstimmung.

**Kritiker: Väter sollen sich
«18 Jahre lang Zeit nehmen»**

Dass das Väterbild in der Schweiz im Wandel ist, das stellt man bei den Gegnerinnen und Gegnern der Vorlage nicht in Frage. «Viele junge Frauen sind heute sehr gut ausgebildet und möchten auch nach einer Geburt weiterarbeiten», sagt SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr, die selber Unternehmerin ist und das Referendumskomitee zusammen mit weiteren bürgerlichen Politikerinnen und Politikern anführt. Das Komitee stört sich laut Gutjahr denn auch gar nicht daran, dass viele Väter heute in der Familie eine aktive Rolle einnehmen wollen. Aber: «Mit dem staatlich bezahlten Vaterschaftsurlaub von zehn Tagen wird ein Mann nicht zu einem umsorgenden Vater. Der Vater muss eigenverantwortlich bereit sein, sich mindestens 18 Jahre lang Zeit zu nehmen und für seine Kinder da zu sein.»

Dem Referendumskomitee missfallen zudem zwei weitere Punkte: Die Finanzierung der zwei Wochen Urlaub, welche analog zum Mutterschaftsurlaub über die Erwerbser-

satzordnung erfolgen soll, sowie die Einmischung des Staats in den liberalen Arbeitsmarkt. «Die Sozialversicherungen sind bereits heute verschuldet und sollten nicht weiter belastet werden. Sozialwerke sind dazu da, um finanzielle Nöte abzufedern, und nicht, um alle Luxuswünsche zu erfüllen», sagt Diana Gutjahr. Man nehme so den Firmen auch die Möglichkeit, den Vaterschaftsurlaub individuell zu regeln und sich so einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Befürworter: Es braucht in jedem Fall «präsen- te Väter»

Doch gerade an den individuellen Regelungen stören sich die Befürworter der Vorlage: «Für einen gelungenen Start ins Familienleben braucht es präsen- te Väter. Ein solcher Start soll deshalb allen Vätern möglich sein und nicht nur jenen, die sich einen unbezahlten Urlaub leisten können oder bei einer Firma arbeiten, die bereits einen längeren Vaterschaftsurlaub anbietet», sagt Adrian Wüthrich, SP-Politiker und Präsident von Travail Suisse, dem Dachverband der Arbeitnehmenden. «Die Schweiz ist zudem europaweit das einzige Land, das keinen gesetzlich verankerten Vaterschafts- oder Elternurlaub kennt», sagt Wüthrich: «Väter spielen heute punkto Betreuung jedoch längstens eine zentrale Rolle.»

Abstimmung hin oder her: Für Vater Hauke Krenz war die Entscheidung richtig, bei der Geburt seiner Kinder für längere Zeit zuhause zu bleiben. «So entsteht aus meiner Sicht eine natürlichere und engere Bindung zum Kind», ist er überzeugt. Diese Bindung hat er sogar noch intensiviert: Mittlerweile kümmert er sich vollzeitlich um seine Kinder und hat seinen Beruf vorübergehend aufgegeben. Denn: «In zehn Jahren möchte ich nicht denken müssen, dass ich diese Zeit verpasst habe.»

Lichtblicke für Jenische, Sinti und Roma

Wandelt sich das gesellschaftliche Klima? – Ein Gesetz, das Fahrende diskriminiert, wird annulliert. Das Volk sagt Ja zu einem umstrittenen Platz für Fahrende. Und eine Umfrage zeigt, dass die Mehrheit die Lebensweise der fahrenden Minderheiten akzeptiert.



MARC LETTAU

Die facettenreiche Schweiz ist voller sprachlicher und kultureller Minderheiten. Das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten will trotz dieser Grunderfahrung nicht immer gelingen. Das spüren etwa die beiden anerkannten Minderheiten der Jenischen und der Sinti. Besonders jene von ihnen, die noch die fahrende Lebensweise pflegen, sind Vorurteilen ausgesetzt. Tauchen in der Schweiz Gespanne ausländischer Roma auf, ist die Stimmung rasch sehr gereizt.

Doch die Schweizerinnen und Schweizer akzeptieren die Lebensweise der Fahrenden offensichtlich besser als allgemein angenommen. Das zeigt eine im März vorgelegte, repräsentative Studie des Bundesamtes für Statistik und der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. 67 Prozent der Befragten sehen die fahrende Lebensweise der hierzulande verwurzelten Jenischen und Sinti als Teil der Schweizer Vielfalt. 56 Prozent finden zudem, die Schweiz müsse mehr für

die Erhaltung ihrer Lebensweise tun. Ungeachtet dieser positiven Grundhaltung nehmen die Sorgen der fahrenden Jenischen und Sinti nicht ab. Sie beklagen etwa, die Zahl der Halteplätze für Fahrende nähmen nicht zu, sondern ab. Und Projekte für neue Plätze scheiterten oft an lokaler Opposition.

Besonders hoch gehen die Emotionen, wenn Behörden versuchen, Halteplätze für ausländische Roma zu schaffen. Viele Schweizer Jenische und Sinti sind für solche Angebote. Denn: Sie spürten, wie sich die hochgekochten Vorurteile gegen ausländische Fahrende auch gegen sie richteten. Es brauche also fürs konfliktfreie Miteinander geeignete Nischen für alle.

Ein Debakel drohte kurz vor der Publikation der erwähnten Umfrage. Alles deutete im Februar darauf hin, dass im Kanton Bern das Volk einen geplanten Platz für ausländische Fahrende wuchtig ablehnen würde. Doch der nötige Kredit wurde vom Souve-

Schweizer Fahrende während einem einvernehmlichen Halt auf dem Hof eines Bauern im zürcherischen Bäretswil.

Foto Danielle Liniger

Die Ergebnisse der Umfrage zur fahrenden Lebensweise: ogy.de/vielfalt-schweiz

rän klar angenommen (53,5 Prozent Ja). Gebaut wird der Platz unweit des kleinen Bauerndorfs Wileroltigen.

Zuerst dieser unerwartete Volksentscheid. Dann die Studie mit ihrer erhellenden Aussage. Und Ende April folgte schliesslich ein wegweisendes Urteil: Das Bundesgericht annullierte Teile des bernischen Polizeigesetzes. Das Gesetz enthielt gegen Fahrende gerichtete Passagen. Es schuf die Möglichkeit, Fahrende, die sich auf einem Grundstück niederlassen, sehr schnell und unter Strafandrohung wegzuweisen, ohne ihnen dabei das in der Schweiz übliche rechtliche Gehör zu gewähren. Das Bundesgericht urteilte, ein solches Sondergesetz sei verfassungswidrig. Die «Radgenossenschaft der Landstrasse», die Dachorganisation der Jenischen und der Sinti der Schweiz, nennt das Urteil «einen wichtigen Schritt für die Verankerung des Minderheitenschutzes in der Schweiz». Und die Gesellschaft für bedrohte Völker bezeichnete den Entscheid der obersten Schweizer Richter als «Präzedenzfall gegen diskriminierende Sondergesetze».

Volksentscheid, Umfrage, Richterspruch: Im Gespräch mit der «Schweizer Revue» bezeichnen Vertreter der Jenischen, Sinti und Roma die drei Signale als ermutigende «Lichtblicke». Die grosse Befreiung sei dies aber noch nicht, denn ihre Lage bleibe schwierig. Wenns konkret werde, schwinde auch das Wohlwollen gegenüber Fahrenden rasch. Das Platzprojekt in Wileroltigen illustriert dies. Vom bernischen Stimmvolk wurde es klar angenommen. Doch in Wileroltigen stemmten sich 91 von 100 Stimmberechtigten gegen das Vorhaben.



Das Parlament der Fünften Schweiz spürt die Folgen der Corona-Pandemie

Der Auslandschweizererrat unterstützt die Idee einer Gedenkstätte für Schweizer Holocaust-Opfer, er bleibt bei seiner Forderung nach einem elektronischen Stimmkanal und er plant ein besseres Wahlverfahren für sich selbst. Das alles entschied der Rat auf dem Zirkularweg. Denn: Die Corona-Pandemie verunmöglichte eine gemeinsame Sitzung.

Die Corona-Pandemie hemmt seit Anfang März in der Schweiz auch die demokratischen Prozesse. Unzählige kommunale und kantonale Parlamentsitzungen mussten in den letzten Wochen und Monaten abgesagt werden. Beeinträchtigt ist die direkte Demokratie auch, weil zum Beispiel das Sammeln von Unterschriften für Volksinitiativen nur eingeschränkt möglich ist.

Keine Überraschung also, dass auch das sehr international geprägte Parlament der Fünften Schweiz, der Auslandschweizererrat (ASR), nicht wie geplant am 14. März in Bern tagen konnte. Aus Rücksicht auf die Gesundheit der Delegierten und weil die Anreise aus aller Welt in die Schweiz faktisch nicht mehr möglich war, entschied sich der Vorstand der Auslandschweizer-Organisation (ASO), die Ratssitzung abzusa-gen und die drängendsten Fragen auf dem Zirkularweg zu klären.

Zunächst hatten die Delegierten die für den Alltagsbetrieb der ASO unabdingbaren Ent-scheide zu fällen, also die Rechnung zu geneh-migen, ein Budget für das laufende Jahr zu be-schliessen sowie Vorstand und Direktion zu entlasten. Alle Anträge wurden gutgeheissen.

Anschliessend hatte der ASR inhaltliche Ent-scheide zur Ausrichtung und zu den Aufgaben der Auslandschweizer-Organisation zu fällen. So stellte sich der ASR sehr deutlich hinter das Engagement für eine Gedenkstätte für die Schweizer Opfer des Nationalsozialismus (siehe auch Hintergrund zum Thema in der «Schweizer Revue» 1/2020). Die ASO wird gestützt auf den klaren Entscheid ihre Projektarbeit weiterfüh-ren. Verabschiedet hat der ASR weiter die Prio-

ritäten für das laufende Jahr. Dazu zählt unter anderem, dass sich die ASO für die Beibehaltung des E-Votings als Option für Auslandschweizerinnen und -schweizer einsetzen will. Der Zusammenbruch des Postverkehrs verdeutlichte in den letzten Monaten die Bedeutung dieser For-derung. Prioritär bleibt auch der Aufbau der neuen ASO-Webseite, die den Bedürfnissen der Fünften Schweiz besser dienen wird. Im Fokus ist die Weiterentwicklung der «Schweizer Re-vue»: Die Umfrage dazu ist bereits im Gang (um-frage2020.foeg.ch).

In einer weiteren Abstimmung genehmigte der Rat die rechtlichen Grundlagen für die Di-rektwahl der ASR-Delegierten. Das nun verab-schiedete Reglement gibt den Wahlkreisen das Recht, für die Wahl ihrer Delegierten ein Direkt-wahl-System – E-Voting – zu benutzen. Damit würde die politische Legitimierung der Gewähl-ten und des ASR als Ganzes verbessert. (ASO)

Die postalische Zustellung der «Revue» ist stark erschwert

Die Corona-Pandemie hat enormen Einfluss auf den Postverkehr. Die postalischen Verbindungen zwischen der Schweiz und zahlreichen Ländern sind stark eingeschränkt. Besonders betroffen sind die interkontinentalen Postverbindungen, zum Beispiel jene in die Länder des südlichen Afrikas. Als Folge gelangte vielerorts die gedruckte April-Ausgabe mit enormer Verspätung oder gar nicht bis zu unseren Leserinnen und Lesern. Auch die Zustellung der aktuellen Juli-Ausgabe dürfte nicht überall klappen. Die «Revue»-Redaktion und die Auslandschweizer-Organisation als Herausgeberin

der «Revue» bedauern dies sehr und hoffen auf eine Normalisierung des weltweiten Postverkehrs im Laufe des Jahres. Leserinnen und Lesern in Übersee und in Ländern mit generell nicht sehr verlässlichen Postbetrieben wird ein Wechsel auf ein – ebenfalls kostenloses – Online-Abonnement empfohlen. (MUL)

Wenn Sie statt der gedruckten die Online-Ausgabe wünschen, können Sie dies direkt Ihrer Schweizer Vertretung melden. Noch einfacher ist es, die Änderung der Zustellungsart auf der Website des EDA selber zu erfassen: www.eda.admin.ch/swissabroad



Der Kongress in Lugano findet erst 2021 statt

Der für diesen August geplante Ausland-schweizerkongress in Lugano kann aufgrund der Corona-Krise nicht durchgeführt werden. Wegen den anhaltenden weltweiten Unsicherheiten, den stark eingeschränkten Reisemöglichkeiten und den in der Schweiz geltenden Restriktionen für grössere Anlässe erwies es sich als unmöglich, an der Durchführung des stark international ausgerichteten Kongresses festzuhalten. Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) hat deshalb entschieden, den Auslandschweizerkongress auf den 20.–22. August 2021 zu verschieben. Gleich bleiben der Austragungs-ort und das Kongressthema: Im «Palazzo dei Congressi» in Lugano (TI) soll das Thema «Welche Herausforderungen für unsere Demokratie?» erörtert werden. (JF)

Auslandschweizer-Organisation (ASO)
Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@aso.ch
www.aso.ch
www.revue.ch
www.swisscommunity.org

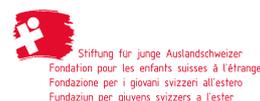


Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch

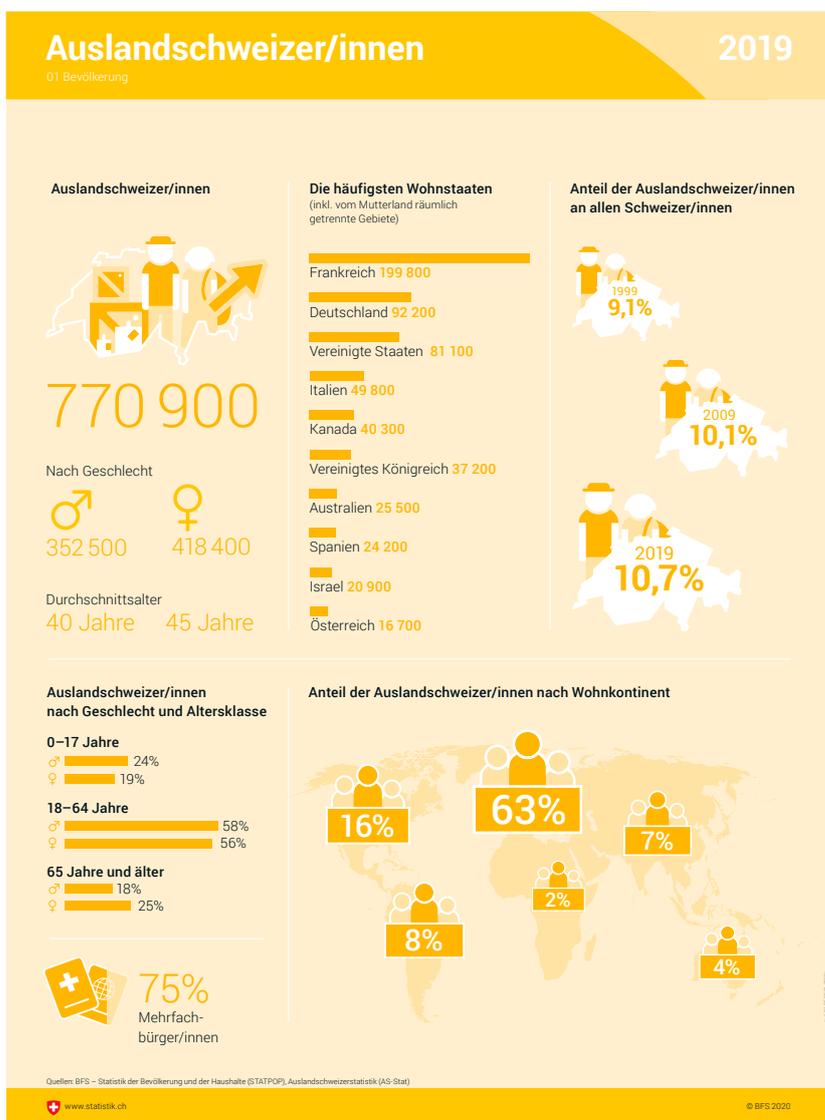


Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Die Fünfte Schweiz wächst weiter

Die Zahl der im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer ist auch 2019 weiter gestiegen. Per Ende Jahr lag sie bei 770 900 Personen. Somit ist die Fünfte Schweiz um rund 1,4 Prozent gewachsen. Gemäss der Auslandschweizerstatistik des Bundes leben weiterhin die meisten Auslandschweizerinnen und -schweizer in Europa, nämlich deren 484 300 (63 Prozent). Innerhalb Europas leben die allermeisten in Frankreich (199 800), gefolgt von Deutschland (92 200), Italien (49 800), Grossbritannien (35 200) und Spanien (24 200). Das EU-Land mit der stärksten Zuwachsrate war 2019 aber Portugal (+11,6 Prozent). 286 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer leben auf einem anderen Kontinent, namentlich Amerika (24 Prozent), Asien (7 Prozent), Australien und Ozeanien (4 Prozent) und Afrika (2 Prozent). Weitere Informationen: ogy.de/statistik2019



Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Am 18. März 2020 hatte der Bundesrat beschlossen, die eidgenössische Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 abzusagen. Wegen der Corona-Epidemie und der zu ihrer Eindämmung ergriffenen Massnahmen waren sowohl die Abstimmungsorganisation wie die freie Meinungsbildung infrage gestellt, und damit auch die ordnungsgemässe Durchführung einer Volksabstimmung.

Der Bundesrat hat beschlossen, dass am 27. September 2020 über fünf eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»;
- Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG);
- Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten);
- Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»);
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Der Fristenstillstand für eidgenössische Volksbegehren wurde nicht verlängert. Seit dem 1. Juni 2020 dürfen wieder Unterschriften gesammelt werden.

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Simone Flubacher, Auslandschweizerbeziehungen
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365 oder +41 58 465 33 33
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
☎ Ausland +41 58 465 33 33
E-Mail: helpline@eda.admin.ch
Skype: helpline-eda

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
☎ Schweiz +41 800 24 7 365
☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

Travel Admin

Online-Registrierung von Auslandsreisen
Enregistrement en ligne de voyages à l'étranger
Registrazione quando si viaggia all'estero
Online Registration when travelling abroad

Die grösste Rückholaktion in der Geschichte der Schweiz

Die Corona-Pandemie hat die Welt in eine Krise von ungeahntem Ausmass gestürzt. Stark betroffen waren auch sehr viele Schweizerinnen und Schweizer im Ausland. Wie half ihnen das EDA auf dem Höhepunkt der Krise?

JOHANNES MATYASSY*

Seit ich vor rund zwei Jahren die Leitung der Konsularischen Direktion im Aussendepartement (EDA) übernommen habe, beschäftigten mich schon zahlreiche schwierige Fälle, in denen wir in eine Notlage geratene Schweizerinnen und Schweizer im Ausland unterstützen konnten. Die Krisenbewältigung im Zuge der Corona-Pandemie nahm aber Dimensionen an, wie sie auch für das EDA bis vor kurzem noch kaum vorstellbar waren. Wie aber haben wir die in Not Geratenen konkret unterstützt? Und wie könnte die «neue Normalität» nach dem erhofften Ende der Pandemie aussehen?

Die Ausgangslage

Ab dem 16. März 2020 fokussiert sich das EDA auf allen Ebenen auf die Krisenbewältigung. Damals stufte der Bundesrat angesichts der rasanten Verbreitung des Corona-Virus die Situation neu als «ausserordentliche Lage» ein. Im EDA und bei den Auslandsvertretungen in China war das Corona-Virus allerdings schon Monate früher eine das Tagesgeschäft prägende Realität. So trafen ab Ende 2019 über die EDA-Helpline immer mehr Anfragen besorgter Bürgerinnen und Bürger ein. Ab Anfang März 2020 überschattete die Pandemie dann alles andere und diktierte uns ein Engagement von enormer Intensität.

In aller Leute Mund

Mit dem Ausbruch der Krise veränderte sich der öffentliche Blick auf die bürgernahen Dienstleistungen, die seit jeher ein wichtiger Bestandteil der

Schweizer Aussenpolitik waren. Normalerweise nehmen Medien und das breitere Publikum kaum von diesen Dienstleistungen Notiz. Im Fall der Corona-Krise war es gründlich anders: Einerseits war die Unterstützung unserer Landsleute über lange Zeit ein breit und bisweilen emotional geführtes Gesprächsthema, andererseits erfuhren viele Tausend Schweizerinnen und Schweizer im Ausland erstmals persönlich und direkt, was die Schweizer Aussenpolitik unter «bürgernahen Dienstleistungen» versteht. Sichtbar wurde dabei auch, dass das EDA in der Mehrheit der Fälle seine Leistungen nur dank ihres breiten und weltweiten Netzes an Auslandsvertretungen erbringen konnte. Dieses breite Netz erlaubte es, auf lokale Gegebenheiten angepasste Massnahmen zu ergreifen und unkomplizierte, effiziente Unterstützung zu leisten, ohne dabei das schweizerische Gebot «Eigenverantwortung zuerst!» zu vernachlässigen.

Blockiert im Ausland

Die Krisenmassnahmen des EDA im Zuge der Corona-Krise kamen zwei unterschiedlichen Gruppen von Schweizerinnen und Schweizern zugute. Auf Hilfe angewiesen waren etwa Personen, die reisenderweise im Ausland waren und in die Schweiz zurückkehren wollten. Im Fokus standen aber auch im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer, die in eine Notlage gerieten, in der es ihnen nicht mehr möglich war, sich selbst zu helfen.

In der ersten Phase der Krise ging es also darum, die im Ausland blockierten Reisenden bei der Rückkehr



Johannes Matyassy: «Viele erfuhren erstmals, was unsere Aussenpolitik unter bürgernahen Dienstleistungen versteht.»
Foto ZVG

Konsularische Unterstützung für Rückreisende am Flughafen Bangkok, Thailand. Foto EDA

an ihren Wohnort zu unterstützen. Zu Beginn der Krise war die selbstständige Rückreise mittels kommerzieller Flüge in der Regel noch möglich. Wo nötig, standen die Schweizer Vertretungen den Reisenden informierend und unterstützend zur Seite.

35 vom EDA organisierte Flüge

Die sich verschärfende Krise verunmöglichte aber vielerorts zusehends das eigenständige Ausreisen. Das EDA lancierte deshalb eine Rückholaktion. Was zu Beginn nicht absehbar war: Sie geht als grösste je durchgeführte Rückholaktion in die Geschichte der Schweiz ein. Der Bund organisierte insgesamt 35 Flüge und brachte rund 4200 Schweizerinnen und Schweizer zurück in die Schweiz. Bemerkenswert ist nicht nur der Umfang der Rückholaktion, sondern auch, dass sie unter massiv erschwerten Bedingungen gemeistert wurde. Die erforderlichen Landrechte zu erhalten oder gestrandete Personen überhaupt zum





Abflugort zu bringen, forderte die Mitarbeitenden vieler Schweizer Vertretungen Tag und Nacht.

Unterstützung dauert an

Inzwischen steht die Unterstützung von Personen im Fokus, die bis heute nicht zurückkehren können oder wollen. Ihnen gilt es vor Ort den bestmöglichen Schutz zu gewähren. So ist die Nachfrage nach Sozialhilfe und weiteren Leistungen des konsularischen Schutzes angestiegen. Angesichts der mehr als 770 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer und der – bis anhin – jährlich über 16 Millionen Reisenden aus der Schweiz ist dieser Nachfrageanstieg nicht überraschend. Zurückzuführen ist er beispielsweise auf die im Gastland ungenügende Gesundheitsversorgung, das mangelhafte Sozialhilfesystem oder die volatile Sicherheitslage vor Ort.

Doppelbürger in der Zwickmühle

Gewisse Länder haben im Laufe der Corona-Pandemie ihren Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern die Ausreise verboten. In einigen Ländern führt das dazu, dass Doppelbürgerinnen und -bürgern die Rückkehr in ihre zweite Heimat verwehrt bleibt. Diese zusätzliche Schwierigkeit ist für

Schweizer Passagiere gehen in Lima an Bord, mit Ziel Zürich. Die Schweiz organisierte insgesamt 35 Rückführflüge.

Foto EDA

den konsularischen Schutz eine besondere Herausforderung.

Blick in die Zukunft

Die Corona-Krise traf und trifft die Schweiz und die Welt als Ganzes mit ähnlicher Intensität. Diese enorme Dimension ist eine grundlegend neue Erfahrung. Aufbewährte Krisenpläne lässt sich unter solchen Voraussetzungen nur bedingt zurückgreifen. Dem EDA gelang es aber trotz der dramati-

schen Ausgangslage, rasch und im Interesse der Schweiz und ihrer Mitbürgerinnen und -bürger zu reagieren, dies auch dank dem Einsatz moderner Technologie und neuer Kommunikationsformen. Sie sind ein Element der «virtuellen digitalen Diplomatie», die laufend an Gewicht gewinnt und die Arbeit des EDA künftig zweifelsohne stark prägen wird.

Breites Netz

Mit Blick auf die Zukunft wird das EDA eingehend analysieren, wie die veränderte internationale Mobilität, die Digitalisierung, die heutige Arbeitswelt und weitere Faktoren die Realität von morgen prägen werden – und wie die konsularischen Dienstleistungen weiterentwickelt werden müssen, um der Realität von morgen gerecht zu werden. Eine Erkenntnis liegt schon vor: Das gut ausgebaute Aussennetz hat sich mehr als nur bewährt. Es muss erhalten bleiben.

Botschafter Johannes Matyassy ist Direktor der Konsularischen Direktion (KD) im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch

Manila (2020)



© Beatrix Hagmann

Hunkeler in der Wildnis



HANSJÖRG SCHNEIDER:
«Hunkeler in der Wildnis».
Diogenes Verlag, Zürich 2019
224 Seiten;
CHF 30.00, € ca. 22.00

«Hunkeler nahm einen Schluck aus der Tasse, zufrieden mit sich und der Welt.» Doch diese sommerliche Idylle im Park ist für den pensionierten Kommissär Hunkeler von kurzer Dauer. Eine alte Frau hastet nach der Polizei rufend ins Café. Ausser Atem erzählt sie dem türkischen Cafébetreiber, dass an der Parkmauer ein toter Mann liege. Hunkeler erkennt den Toten sofort. Es handelt sich um einen pensionierten Journalisten, der als Literatur- und Theaterkritiker mit Inbrunst Verrisse geschrieben hatte. Zwei Boulekugeln liegen zwischen den Beinen des Toten, die dritte ist verschwunden – vielleicht die Tatwaffe? Hunkeler will in keiner Weise in den Fall involviert werden und verweist in sein Haus im Elsass. Doch die Tat lässt ihm keine Ruhe und er beginnt nachzuforschen.

Hansjörg Schneider führt uns in seinem Krimi durch die Welt des ehemaligen Kommissärs Hunkeler. Wobei es viel mehr als ein Krimi ist, denn die simple Krimi-Struktur interessiert den Autor nicht sonderlich. Der Mensch Hunkeler und sein Sinnieren über die Welt stehen im Zentrum der Geschichte. Diese führt uns durch die Stadt Basel, in der sich die Sommerhitze staut, und vor allem ins melancholisch anmutende Elsass mit seiner scheinbar unberührten Natur. Man merkt bald, dass es sich um eine Idylle mit Rissen handelt.

Packend beschreibt Schneider die Streifzüge Hunkelers durch die elsässische Landschaft und die Wälder. Ausdrucksstark ist die Szene mit dem verwilderten und Furcht einflössenden Hund – Sinnbild der unkontrollierbaren Wildnis, die mit der Mordtat in die zivilisierte Stadt schwappet. Der Autor zeichnet seinen Protagonisten als eigenwilligen, widerspenstigen und doch bodenständigen Menschen, der seinen Spürsinn einzusetzen weiss. Die pointierten Dialoge machen die Geschichte lebendig und geben ihr trotz Mord und Totschlag eine wohlthuende Leichtigkeit.

Es ist Hansjörg Schneiders zehnter «Hunkeler»-Krimi. Jeder ist eine in sich abgeschlossene Geschichte und kann problemlos unabhängig von den anderen Krimis gelesen werden.

Hansjörg Schneider, geboren 1938 in Aarau, studierte in Basel und arbeitete als Lehrer und Journalist. Seine Theaterstücke, rund 25 Dramen, wurden auf vielen Bühnen inszeniert. Einem breiten Publikum wurde der Schriftsteller mit seinen «Hunkeler»-Krimis bekannt, die immer wieder die Schweizer Bestsellerliste anführten. Sechs davon wurden mit dem bekannten Schweizer Schauspieler Mathias Gnädinger (2015 verstorben) verfilmt. Heute lebt Schneider als freier Schriftsteller in Basel.

RUTH VON GUNTEN

Nachsitzen in Hip-Hop



CHLYKLASS:
«Deitinge Nord».
Chlyklass Records, 2020

Der Mundart-Rap ist längst seinen Kinderschuhen entwachsen. Dennoch fühlt es sich seltsam an, wenn die Wegbereiter des Genres mittlerweile über vierzigjährige Familienväter sind. So sehr ist diese Musik in unseren Köpfen als «Jugendkultur» eingebrannt.

Zu den Rappern reiferen Alters zählen unter anderem die Männer der Chlyklass. Sie formierten sich einst als grosses Berner Mundart-Konsortium. Die einzelnen Mitglieder hatten bereits einen Namen, als sie 2005 ihr erstes gemeinsames Album «Ke Summer» veröffentlichten. Danach gingen sie getrennte Wege, und es dauerte geschlagene zehn Jahre bis zum Nachfolger «Wisö immer mir?».

Nun ist die Chlyklass wieder da, bestehend aus den Formationen Wurzel 5 und PVP sowie den Einzelfiguren Greis, Serej, Baze und Diens. «Deitinge Nord» heisst das dritte Album, das in erster Linie aufzeigt: Der Mundart-Rap der Berner Grossformation funktioniert auch im fortgeschrittenen Stadium bestens. Die Reime fließen noch immer, die Rhythmen sind spartanisch, die Treue des Kollektivs zum Oldschool-Rap überzeugt. Hier zeigt das Alter seine Vorzüge. Der Bezug zu den Wurzeln ist in jedem Beat spürbar, und auch die Inhalte zeugen über weite Strecken von Reife. Die nicht mehr ganz jungen Männer rappen über das Älterwerden in ihrer Szene. Sie blicken zurück und ziehen Vergleiche. Sie ordnen sich ein und stellen fest: Sie machen noch immer den gleichen «Scheiss» – was durchaus positiv gemeint ist. Authentizität ist eine der wichtigsten Tugenden des Genres.

Natürlich nimmt die Chlyklass den Mund bisweilen arg voll. Aber das gehört zum Duktus des Hip-Hop. Manchmal reimen sie auch nur über die alltäglichen Dinge des Lebens. In «Nid üses Revier» etwa erzählen sie von einem Familienvater, der das eigene Freiheitsbedürfnis in seinen Hund projiziert. Er schickt ihn weg und malt sich aus, wie dieser wie ein Wolf in der Natur weiterlebt.

Alles in allem hat es die elfköpfige Chlyklass geschafft, ihre Erzählkunst der realen Erlebniswelt von Familienvätern anzupassen. «Deitinge Nord» ist witzig, direkt, intelligent und zeitlos – und verdeutlicht, dass die Mundart-Rapper der ersten Stunde durchaus älter werden können, ohne den Bezug zur Gegenwart zu verlieren. Oder anders gesagt: Es gibt ihn, den guten Mundart-Rap von Vierzigjährigen für Vierzigjährige. Im besten Fall wirkt er wie frisch aus dem Ei gepellt.

MARKO LEHTINEN

Daniel Koch



Jede Krise bringt ihre Figuren hervor. In der Schweiz war es ein gewisser Daniel Koch. Bevor das Corona-Virus das Land heimsuchte, kannte kaum jemand den Chefbeamten im Bundesamt für Gesundheit. Dort war er seit Jahren für übertragbare Krankheiten zuständig. Nun aber begleitete Koch die Schweizerinnen und Schweizer fast täglich durch die Epidemie. Zehntausende verfolgten am Fernsehen und auf Youtube die Medienkonferenzen der Landesregierung, an denen der kahlköpfige Mediziner stets präsent war. Wenn er das Wort erhielt, erläuterte er ruhig die Fakten. Komplexe wissenschaftliche Zusammenhänge stellte er verständlich dar. Geduldig beantwortete er aufgeregte Journalistenfragen, ab und zu blitzte trockener Humor auf. Der bedächtige Ton und die bescheidene Art kamen in der Bevölkerung gut an. Koch wurde zum Angstlöser, zur Vertrauensperson, ja zur Kultfigur. Aus Porträts erfuhr man, dass er einst als Arzt in Kriegsgebieten tätig war. Dass er als Hobby durchs Gelände joggt, gezogen von seinen zwei Hunden – die Schweiz weiss jetzt, was Canicross ist. Vereinzelt Fehleinschätzungen verzieh ihm das Publikum. Schon fast stur bezweifelte er die Wirksamkeit von Gesichtsmasken, doch das hörten die freien Schweizer noch so gerne. Ende Mai, als das Land aus dem Gröbsten raus war, ging «Mister Corona» in Rente. Einen Monat später als geplant. Sein politischer Vorgesetzter, Gesundheitsminister Alain Berset, verabschiedete ihn öffentlich mit warmen Worten. In den sozialen Medien, wo sonst Groll und Häme vorherrschen, dankten die Leute dem 65-Jährigen für seinen Einsatz. Bereits plant ein Verlag ein Buchprojekt über den Staatsdiener, es soll im Spätsommer erscheinen.

SUSANNE WENGER

Sommaruga ruft den Klimaschutz in Erinnerung

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga forderte im Juni, der Klima- und Naturschutz gehöre «wieder zuoberst» auf die politische Agenda. Die Klimakrise sei nämlich wegen der Corona-Pandemie keineswegs verschwunden. Das Leben, insbesondere jenes unserer Nachkommen, hänge entscheidend davon ab, «ob wir jetzt die richtigen Massnahmen treffen», sagte Simonetta Sommaruga. (MUL)

Parlament beschliesst Klimasteuer auf Flugtickets

Fliegen wird teurer. Denn: Das Schweizer Parlament hat im Juni die Einführung einer Abgabe auf Flugtickets beschlossen. Tickets werden je nach Klasse und Reisedistanz um 30 bis 120 Franken verteuert. Es handelt sich um eine klimapolitische Lenkungsabgabe: Wer nicht fliegt, profitiert von der Neuerung, denn mehr als die Hälfte der neuen Einnahmen soll an die Bevölkerung zurückerstattet werden. Zusätzlich wird ein neuer Klimafonds geäuft. Vor den Wahlen im Herbst 2019 war die Flugticketabgabe im Parlament noch chancenlos. Der nun gefällte Entscheid ist somit Ausdruck eines Stimmungswandels. (MUL)

Der Bundesrat will Postfinance aufwerten

Postfinance zählt zu den wichtigsten Finanzinstituten der Schweiz. Aber das Unternehmen, zu 100 Prozent im Besitz der Eidgenossenschaft, darf keine Kredite gewähren. Deshalb wird es für Postfinance zunehmend schwierig, Gewinne zu erwirtschaften. Nun schlägt der Bundesrat vor, Postfinance teilweise zu privatisieren und mit gewissen Einschränkungen den Zugang zum Kredit- und Hypothekengeschäft zu gewähren. Definitiv entschieden ist noch nichts. Bis im September 2020 können Parteien und Interessenvertreter ihre Meinung zum Vorschlag der Regierung einbringen. (MUL)

Die «Ehe für alle» nimmt wichtige politische Hürde

Homosexuelle Paare sollen in der Schweiz heiraten dürfen. So will es der Nationalrat. Er hat sich im Juni nach rund sieben Jahren Vorbereitungszeit überraschend klar für die sogenannte «Ehe für alle» ausgesprochen. Er sagte auch Ja zur umstrittenen Samenspende für lesbische Paare. Der Nationalrat vertritt somit eine gesellschaftspolitisch progressivere Position als noch vor den Wahlen 2019. (MUL)

Littering à la Suisse: Wer lässt kiloweise Gold liegen?

Waren Sie im Oktober 2019 zufällig in der Schweiz und haben im Zug von St. Gallen nach Luzern ein Paket voller Goldbarren achtlos liegen lassen? Die Luzerner Polizei rät seit Monaten, wem der rund 180 000 Franken teure Schatz gehören könnte. Die bisherige Suche nach dem Eigentümer oder der Eigentümerin blieb erfolglos, weshalb sich die Polizei jetzt an die Öffentlichkeit wandte. (MUL)

Wir brauchen einen Tapetenwechsel.

Alpage Nava, Wallis, © Christof Schürpf



Wir brauchen Schweiz.

Jetzt Schweiz entdecken: [MySwitzerland.com](https://www.myswitzerland.com)

Teile deine schönsten Erlebnisse mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)

